

DIE ENTWICKLUNG EUROPAS AM BEISPIEL FRANKREICHS UND FINNLANDS

Inhalt

1	Dimensionen einer europäischen Souveränität	2
1.1	Europäische Armee oder Nationale Verteidigung?	2
1.2	Wie steht es um die wirtschaftliche Souveränität Europas?	4
1.3	Kann es eine souveräne europäische Industriepolitik geben?	5
1.4	Ist eine europäische Souveränität bei Klima und Energie möglich?	8
1.5	Welche Souveränität gibt es bei Ernährung und Landwirtschaft?	11
2	Wer regelt die Einwanderung nach Europa- Brüssel oder die Mitgliedsländer?	12
2.1	Die Einwanderungspolitik der Europäischen Union	12
2.2	Einwanderung als Thema der französischen Innenpolitik	14
2.3	Michel Houellebecq und die Angst vor dem Verlust der eigenen Identität	16
3	Die Militarisierung Europas am Beispiel Finnlands	18
3.1	Europa rüstet auf	18
3.2	Die traditionelle Außenpolitik Finnlands	19
3.3	Die neue finnische Sicherheitspolitik	20
4	Europa im Zeitalter der Kriege.....	22
4.1	Das Friedensprojekt Europa-die Revolution in der europäischen Diplomatie	22
4.2	Das hegemoniale Streben der USA	22
4.3	Die Ukraine-ein Kernland für die amerikanische Vorherrschaft.....	23
4.4	Europa hat die „Logik des Krieges“ übernommen	24
4.5	Die neue Rolle des „Globalen Süden“	26
4.6	Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Kriege	27
5	DER DIPLOMATIE EINE CHANCE	28

1 Dimensionen einer europäischen Souveränität

In einer Grundsatzrede an der Sorbonne am 26. September 2017 hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron davon gesprochen, dass wir mehr europäische Souveränität brauchen. Er ist dann immer wieder auf dieses Thema eingegangen. Konkret sollte das bedeuten, dass wir in der Lage sein müssen, in den internationalen Beziehungen frei unsere Partner zu wählen und unser eigenes Schicksal selber zu gestalten, anstatt nur Zeugen der dramatischen Entwicklung dieser Welt zu sein. Als dann durch die Corona-Pandemie die Abhängigkeit Europas von anderen Staaten besonders deutlich wurde, hat Macron dazu aufgefordert, dieser Entwicklung gegenzusteuern. Allerdings sprach er dabei immer wieder von Maßnahmen, die Frankreich im Rahmen seiner nationalen Souveränität setzen müsse. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, welche Vorstellungen es in einzelnen Bereichen hinsichtlich einer europäischen Souveränität gibt, aber auch, wie weit die Verwirklichung einer Politik im nationalen Bereich angestrebt wird.

1.1 Europäische Armee oder Nationale Verteidigung?

Das Projekt einer gemeinsamen europäischen Verteidigung, einer „Europa- Armee“, wird von verschiedenen französischen Präsidenten seit Jahren vertreten. Es ist auch ein Lieblingsprojekt von Emmanuel Macron, der in diesem Zusammenhang europäische Souveränität als „Autonomie strategique“ interpretiert. Bei Jacques Chirac ging es um „Europe-puissance“. Dabei war es das französische Parlament, dass die Idee einer gemeinsamen europäischen Armee 1954 begraben hat. Damals ging es darum, die neue aufgestellte deutsche Bundeswehr in einen europäischen Verband aufzunehmen. Dieses Projekt wurde damals von Gaullisten und Kommunisten gemeinsam zurückgewiesen. Die Folge war dann die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO, womit die weitere amerikanische Vorherrschaft in Europa auch im militärischen Bereich festgeschrieben war.

Frankreich hat sich dann noch unter de Gaulle teilweise aus der NATO zurückgezogen. Aber seit den 1990er Jahren wurde dann von Paris verstärkt die Idee einer „Europa- Armee“ postuliert, natürlich unter französischer Führung als Atommacht. Seitens der Europäischen Union wurde dann ein eigener Kommissar für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bestellt. Aber nicht nur klang der offizielle Titel dieses „Außenbeauftragten“ etwas holprig, alle entscheidenden Fragen wurden in diesem Bereich weiter von den nationalen Regierungen entschieden. Macron sprach dann zwar vom „Scheintod der NATO“, aber das transatlantische Bündnis blieb die entscheidende Organisation im Verteidigungsbereich. Dies insbesondere auch deshalb, weil die neuen Mitglieder der Europäischen Union, Polen und Balten, ihren Schutz nicht bei Frankreich sondern bei den USA gesucht haben. Auch andere Länder, wie etwa die Niederlande, setzen ihr Vertrauen mehr in den amerikanischen Schutzschirm als in eine von Frankreich geführte europäische Verteidigung. Durch den Krieg in der Ukraine wurde dann die Rolle der NATO massiv gestärkt.

Tatsächlich würde eine europäische Souveränität im Verteidigungsbereich eine gemeinsame europäische Regierung voraussetzen, eben die Vereinigten Staaten von Europa. Diese gibt es aber nicht. Daneben gebe es auch nicht unerhebliche technische Schwierigkeiten: es wären wohl dieselben Soldaten und Soldatinnen eines Landes, die einmal als NATO-Truppen, ein anderes Mal als „Europa- Armee“ ausrücken müssten.

Dennoch kann die als Antwort auf den Brexit geschaffene „Cooperation structurée permanente“ (CSP) als Schritt in Richtung einer eigenen europäischen Verteidigung

gesehen werden. Dadurch wollte Frankreich zunächst einen harten Kern jener Staaten schaffen, die bereit wären, unter einer europäischen Fahne zu kämpfen. Aber selbst Deutschland wollte das nicht, weil dadurch eine Schwächung Gesamteuropas erfolgen würde. Was hingegen auch angestrebt wird, ist eine Harmonisierung der europäischen Verteidigungsindustrie. Dafür wurde auch ein Europäischer Verteidigungsfonds geschaffen.

Die Europäer, mit ihren über zwei Dutzend Armeen, haben sicherlich nicht die Schlagkraft, die eine einzige Armee unter einem zentralen Kommando hätte. Außerdem könnten dann die Verteidigungsausgaben, die laut dem in Stockholm angesiedelten SIPRI- Institut 2023 bereits die gewaltige Summe von € 552 Milliarden erreicht hatten, wesentlich effizienter eingesetzt werden. (Im Vergleich dazu betragen die Ausgaben Chinas 2023, die zweithöchsten der Welt, 296 Milliarden Dollar; jene Russlands \$ 140 Milliarden). Es geht also einmal darum, wie eine einsatzfähige europäische Armee eingerichtet werden könnte. Eine andere Frage wäre deren operative Schlagkraft. So sehr Soldaten der EU bei verschiedenen militärischen Missionen eingesetzt sind, so sind das primär Einsätze einzelner Länder und nicht solche einer europäischen Armee. Deshalb kann die Europäische Union im militärischen Bereich nicht als globaler Akteur angesehen werden. Die nationale Souveränität bestimmt den militärischen Bereich. Durch den Ukraine- Krieg wurde zwar, wie es heißt, die NATO gestärkt, aber die jeweilige militärische Unterstützung, die Kiew von einzelnen Ländern gewährt wird, ist höchst unterschiedlich.

Somit kann man wohl sagen, dass eine europäische Souveränität im Verteidigungsbereich heute mehr Wunschdenken als Wirklichkeit ist. Und auch Emmanuel Macron hat bisher in keiner Weise angedeutet, dass er die Entscheidung über einen Einsatz der französischen „Force de frappe“, also der eigenen Atomwaffen, mit anderen Ländern teilen oder den ständigen Sitz Frankreichs im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen der Europäischen Union übertragen möchte.

Das grundsätzliche Problem besteht wohl darin, dass gerade starke Nationalstaaten nicht unbedingt ein stärkeres Europa wollen. Sind sie aber schwach, haben Deutschland, Frankreich oder Italien wirtschaftliche Schwierigkeiten, bedeutet das bei weitem nicht, dass Europa deshalb stark ist. Das Gegenteil ist wohl der Fall. Wie immer man dabei Souveränität und Solidarität interpretiert, der Aufbau und die Ausrichtung der französischen Streitkräfte geschehen entsprechend den französischen Interessen. In der Praxis kann wohl kaum eine Rede davon sein, dass Frankreich die Oberhoheit über seine Streitkräfte aufgibt oder auch nur mit anderen Europäern teilt. Von einem Projekt wie einer „Europa- Armee“ zu sprechen heißt offensichtlich noch lange nicht, dieses auch zu verwirklichen. Es besteht wohl noch ein großer Diskussionsbedarf, um zu klären, was man tatsächlich unter „strategischer Autonomie“ versteht und wie diese auf die Europäische Union übertragen werden könnte. Damit bleibt auch die Frage offen, wie Europa in der Welt von heute und in der von morgen machtpolitisch agieren kann.

Tatsächlich ist die französische Armee heute so aufgestellt, dass sie verschiedenen Konflikten begegnen kann, von lokalen Auseinandersetzungen bis zur nuklearen Abschreckung. Dabei geht man davon aus, dass ein zwischenstaatlicher Krieg in Koalition mit anderen geführt würde. Dafür könnten, nach der herrschenden Konzeption, zwei Brigaden mit 140 Leclerc-Panzern, 48 Geschützen, einem Flugzeugträger und zwei Atom-betriebenen U- Booten für die Dauer eines halben Jahres eingesetzt werden. Das scheint nicht allzu viel, verglichen mit den Mengen, die im Ukraine Krieg eingesetzt werden (der atomare Bereich ausgenommen). Immerhin sieht die militärische Rahmenplanung für den

Zeitraum von 2024-2030 Ausgaben in der Höhe von € 413 Milliarden vor. Dabei geht ein beträchtlicher Teil für die Erneuerung der Cyber- Kriegsführung sowie der Atom- Streitmacht auf. Die entscheidende Frage ist, und das hat man im Ukraine- Krieg sehr deutlich gesehen, wie lange sich eine Armee am Schlachtfeld bewährt, bereit ist zu töten und getötet zu werden. Jedenfalls, und das widerspiegelt den europäischen Trend, ist Frankreich dabei, aufzurüsten.

Was die französischen Streitkräfte auszeichnet ist die Tatsache, dass sie alleine und unabhängig von der Unterstützung anderer operativ tätig werden können. In diesem Sinne versteht sich Frankreich als die erste Militärmacht Europas. So sehr also gerade französische Präsidenten immer wieder von einer Europa- Armee sprechen, sie legen auch Wert auf die „strategische Autonomie“ und die Souveränität des eigenen Landes. Darüber hinaus investiert Frankreich auch in die eigene Militärindustrie, wohl in der Hoffnung, damit auch andere europäische Armeen zu versorgen. Aber auch in diesem Bereich sieht man sehr deutlich, dass einige Länder mehr auf den amerikanischen Partner setzen als auf eine europäische Führungsmacht.

1.2 Wie steht es um die wirtschaftliche Souveränität Europas?

Die starke Globalisierung der Weltwirtschaft, die nach dem Kalten Krieg eingesetzt hat, hat zu einer weltweiten Interdependenz zwischen den einzelnen Volkswirtschaften geführt. Das bedeutete sicherlich auch eine Beeinträchtigung der nationalen Souveränität im Bereich der Wirtschaft. China wurde die „Werkstatt der Welt“. Während der Covid- Epidemie wurde deutlich, welche Abhängigkeiten dabei entstanden sind, vor allem dann, wenn Probleme bei den Lieferketten aufgetreten sind. Aufgrund der Geographie gibt es in der Europäischen Union ohnehin starke Abhängigkeiten bei Rohstoffen, bei Öl und Gas oder bei den seltenen Erden. Aber gerade diese braucht man bei der weiteren Entwicklung der Hochtechnologie. Außerdem kann man davon ausgehen, dass die Abhängigkeit von Importen weiter steigt, wenn man jene Investitionen tätigt, die zur Erlangung der international proklamierten Klimaziele notwendig sind. China, Russland und auch die Vereinigten Staaten sind diesbezüglich in einer besseren Position und haben in der Vergangenheit ihre eigenen Interessen sehr wohl wahrgenommen.

Daraus ergibt sich für die Europäische Union die doppelte Herausforderung, dass die eigene Wirtschaft auf bestimmte Importe angewiesen ist, womit die Exporteure Sanktionen als Druckmittel einsetzen können. Einerseits brauchen gerade die großen Konzerne der Europäischen Union den Weltmarkt, andererseits sollte verhindert werden, dass durch Subventionen in anderen Ländern eine unlautere Konkurrenz entsteht. Selbst Partner wie die Vereinigten Staaten benutzen immer wieder die eigene wirtschaftliche Stärke oder die eigene Währung, um Druck auszuüben und eigene Interessen durchzusetzen. Das zeigt sich sehr deutlich im Wirtschaftskrieg zwischen den USA und China, hat aber auch immer wieder Europa betroffen. Dazu kommt noch, dass die zuständigen internationalen Instanzen, wie die WTO (Welthandelsorganisation) seit Jahren lahm gelegt sind. Das führt dazu, dass die BRICS-Staaten, unterstützt vom Globalen Süden, dabei sind, ein alternatives Internationales Wirtschafts- und Finanzsystem aufzubauen.

So wurde etwa eine Asiatische Investitions- Bank gegründet; auch die von Peking groß angelegte „Belt and Road Initiative“ dient diesem Ziel. Dieses neue System zeichnet sich dadurch aus, dass Länder, die daran teilnehmen, nicht jenen Zwängen und Regeln ausgesetzt sind, die der Westen verlangt. Gerade die Europäische Union hat sich immer

wieder dadurch ausgezeichnet, als Lehrmeisterin für jene Länder aufzutreten, die vorher von den europäischen Mächten kolonialisiert worden waren.

Was sollten die Europäer in dieser Situation tun? Angesichts einer amerikanischen Politik, die ausschließlich auf die Durchsetzung der eigenen Interessen ausgerichtet ist und einer chinesischen Strategie, die auf chinesische Vorherrschaft im Bereich der Wirtschaft abzielt, müssen die Europäer trachten, im eigenen Interesse souverän zu handeln. Dabei kann es nicht darum gehen, anderen, wie etwa China, maximal zu schaden, sondern wie man durch Zusammenarbeit den größten eigenen Vorteil erreichen kann. Wenn das bestehende internationale System auch im Wirtschaftsbereich heute nicht mehr nach den vor Generationen festgelegten Regeln funktioniert, dann sollte ein souveränes europäisches Handeln zunächst darin bestehen, selbstständig eine eigene Strategie festzulegen. Tatsächlich aber werden die Ziele immer wieder nach jenen Vorgaben ausgerichtet, die Washington festlegt, was schon durch die Begriffe „de-risking“ oder „de-coupling“ zum Ausdruck kommt.

Natürlich hängt eine Wirtschaftssouveränität entscheidend davon ab, wie weit man die Abhängigkeit von anderen reduzieren kann ohne den internationalen Handel zu beeinträchtigen oder gar in einen Isolationismus zu verfallen. Eine europäische Wirtschaftsstrategie, die diesen Namen verdient, müsste also darauf abzielen, gleichzeitig möglichst autonom und offen zu sein. Eine Aufgabe, die nicht leicht zu lösen ist.

1.3 Kann es eine souveräne europäische Industriepolitik geben?

Angesichts der Bemühungen in den USA, die eigene Industrie durch massive Subventionen zu fördern, sowie des starken Einflusses des Staates auf die Entwicklung der Industrie in China, ist es wohl angebracht, über eigenständige Maßnahmen in diesem Bereich in Europa nachzudenken. Während der Covid- Pandemie hat sich deutlich gezeigt, wie stark Europa bereits entindustrialisiert ist. Dabei hat man auch gesehen, dass diese Entwicklung nicht in allen Staaten Europas im gleichen Ausmaß stattgefunden hat. In einigen Ländern produziert die Industrie immer noch mehr als 25 % des BIP (wie in Tschechien mit 28 %), so sind es in anderen Ländern wie etwa den Niederlanden gerade noch 14 % oder 13,2 % in Frankreich. Bereits 2020 hat die Europäische Union eine neue Strategie zur Förderung der Industrie vorgestellt, kann aber in diesem Bereich die jeweilige nationale Politik lediglich unterstützen.

Da etwa die Konkurrenz- Regeln auf EU- Ebene festgelegt werden, bestimmt die Kommission, in welchem Rahmen sich die Industrie entwickeln kann. Eine Schwierigkeit besteht allerdings schon darin, dass Begriffe wie „Souveränität“, „Autonomie“ oder „Unabhängigkeit“ meist nicht klar definiert sind und sehr unterschiedlich interpretiert werden können. Grundsätzlich versteht man unter Souveränität, dass ein Staat selbstständig entscheiden kann und dabei im Rahmen des Völkerrechts keinem anderen Willen unterworfen ist. Dabei kann ein Staat, so Georg Jellinek, im Rahmen seiner Souveränität Kompetenzen abgeben; er bleibt so lange souverän, als es ihm möglich ist, diese wieder zurück zu bekommen.

Der Begriff der „strategischen Autonomie“ wurde vom Europäischen Rat 2013 im Zusammenhang mit einer eigenen europäischen Verteidigung geprägt. In der Zwischenzeit wurde er auf mehrere andere Bereiche ausgedehnt, etwa auf die Wirtschaft und die Digitalisierung. Dabei wurde der Anwendungsbereich stets erweitert, sodass man sich letztlich fragen kann, worum es wirklich geht. Dies insbesondere auch deshalb, weil heute von der europäischen Souveränität mehr als Wunsch, als Wirklichkeit gesprochen wird. In

einem eigenen Abschnitt soll später dargestellt werden, dass man gerade am Beispiel Frankreichs sehen kann, wie sehr man immer wieder von „europäischer Souveränität“ spricht, gleichzeitig aber die praktische Verwirklichung der jeweiligen Politik dann aber im nationalen Rahmen anstrebt. Somit stößt die europäische Souveränität, gerade auch in der Industriepolitik, dort an ihre Grenzen, wo man glaubt, dass nationale Interessen gefährdet sind. Auch dafür ist Frankreich wiederum ein sehr gutes Beispiel.

Richtig ist, dass die nationale Souveränität dort eingeschränkt ist, wo die Europäische Union das alleinige Gestaltungsrecht hat, wie beim Außenhandel oder den Konkurrenzregeln. Im Bereich der Industriepolitik übt die Europäische Kommission einen indirekten Einfluss aus, indem etwa staatliche Subventionen untersagt oder Unternehmens- Zusammenführungen

geregelt werden. Das Programm „Horizont Europa“ hat das Ziel, Forschung und Entwicklung zu unterstützen. Das ist das neunte Rahmenprogramm dieser Art und verfügt für den Zeitraum von 2021-2027 immerhin über ein Budget von € 95 Milliarden. Dabei geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit von europäischen Unternehmen zu stärken.

Weiters wurde und wird die Kommission aktiv, ausländische Direktinvestitionen zu überprüfen. Die Kommission hat auch Vorschläge zur Erhaltung der Produktionsstrukturen gemacht, etwa hinsichtlich der Gleichbehandlung bei öffentlichen Ausschreibungen oder bei einer Energiesteuer. Um den eigenen Markt zu schützen, hat Brüssel auch Anti-Dumping Maßnahmen ergriffen und ist gegen ausländische Konzerne vorgegangen, die von der eigenen Regierung ungerechtfertigte Subventionen erhalten hatten. Diese Maßnahmen haben insbesondere Importe aus China betroffen.

Eine Schwierigkeit besteht darin, dass innerhalb der Europäischen Union Unternehmen unterschiedlich hoch besteuert werden und auch die Stundenlöhne sehr unterschiedlich hoch sind (€ 7,50 in Rumänien; verglichen mit € 41 in Belgien im Jahre 2021). Einige Entscheidungen der Kommission zu Gunsten der Konsumenten habe die eigene Industrie nachteilig getroffen. So hat die Bestimmung, die Bio- Nahrungsmittel zu fördern, zu höheren Produktionskosten geführt. Das trifft die europäische Industrie deshalb besonders, wenn gleichzeitig Produkte eingeführt werden können, die diesen Auflagen nicht unterliegen. Das kann natürlich Konzerne dazu verleiten, die eigene Erzeugung in Länder außerhalb der EU zu verlagern.

Eine wesentliche Frage ist, wie eine europäische Industriepolitik mit den Umweltzielen der Kommission in Einklang gebracht werden kann? Dabei hat man den Eindruck, dass immer wieder Einzelmaßnahmen gesetzt werden, bei denen ihre Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit, auf Forschung und Entwicklung oder auf die Infrastruktur nicht berücksichtigt werden. Bei den Sanktionen, die die Europäische Union gegen Russland verhängt hat, wurden keinerlei Berechnungen vorgelegt, wie sich höhere Energiepreise auf die europäische Wirtschaft und Industrie auswirken. Während der Covid- Pandemie hat man deutlich gesehen, wie stark Europa bereits von den in Asien erzeugten Halbleitern abhängig ist oder wie stark Lieferketten unterbrochen werden können. Die Frage ist, welche Schlüsse daraus gezogen werden bzw. wie weit die europäische Industrie darauf ausgerichtet wird, Schwächen zu beheben. Welche Investitionen wären dafür notwendig? Ist es überhaupt möglich, in diesen Bereichen eine „europäische Autonomie“ herzustellen?

Man setzt Ziele, beschließt gleichzeitig aber auch Maßnahmen, die genau diesen Zielen entgegenstehen. Im Zusammenhang mit den gegen Russland verhängten Sanktionen hat etwa der sehr pro- westliche Economist geschrieben, dass Deutschland dabei ist, im eigenen

Land den „Morgenthau-Plan“ umzusetzen, also das eigene Land gänzlich zu de-industrie realisieren. Dabei weiß man, dass der Niedergang der deutschen Industrie entscheidende Auswirkungen auch auf die übrigen europäischen Länder hat. Dazu kommt noch, dass China heute schon in wesentlichen Bereichen wie bei den Elektroautos oder bei der Künstlichen Intelligenz eine Führungsrolle einnimmt. Dabei wird China einmal als „System- Rivale“ bezeichnet, gleichzeitig verlangt man aber Maßnahmen im Umweltschutz, bei deren Umsetzung Materialien notwendig sind, die nur China liefern kann. Schwierigkeiten entstehen eben dadurch, dass von Brüssel immer wieder Einzelmaßnahmen in verschiedenen Bereichen verlangt werden, die jeweils eine maximale Forderung bedeuten, untereinander aber nicht abgestimmt sind. Umwelt- Fundamentalisten nehmen keine Rücksicht auf die Autoindustrie und Russland- Gegnern geht es um die massive Schwächung dieses Landes, ohne Rücksicht auf die eigenen Verluste. Die Verwirklichung wichtiger Infrastruktur- Projekte dauert Jahrzehnte, was diese entsprechend verteuert. Dabei gehen Mittel verloren, die dann in Forschung und Entwicklung nicht eingesetzt werden können. Diese Nachteile sind umso gravierender, als sowohl China, als auch die USA eine Industriepolitik verfolgen, die sehr stark auf die eigenen Interessen ausgerichtet ist.

Man kann davon ausgehen, dass der Wettbewerb in einer globalen Wirtschaft hart ist. Es geht darum, der Konkurrenz in Strategie und Taktik überlegen zu sein. Statt aber dabei der europäischen Wirtschaft genügend Freiheit zu lassen, wurden ihr etwa im Bereich Umwelt und Menschenrechte, strenge Regeln auferlegt. Mit einer Lieferkettenverordnung und Umweltauflagen haben Unternehmen in Europa mit schwierigeren Bedingungen zu kämpfen als jene in anderen Ländern. Manchmal hat man den Eindruck, dass die Kommission in Brüssel nur den europäischen Markt im Auge hat, nicht aber die weltweite Konkurrenz. Etwa dann, wenn sich in Europa ein deutsches und ein französisches Unternehmen zusammenschließen wollen, um weltweit konkurrenzfähig zu sein, dies aber von der europäischen Wettbewerbsbehörde untersagt wird.

In diesem Sinne hat auch der frühere Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, einen umfassenden Bericht darüber erstellt, was getan werden sollte, um die europäische Wirtschaft zu stärken. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine wurde ja sehr viel darüber gesprochen und geschrieben, was getan werden muss, um Europa militärisch zu stärken. Die wirtschaftlichen Schwächen der Europäischen Union wurden dabei kaum berücksichtigt. Dabei ist die wirtschaftliche Stärke Voraussetzung für politische Stabilität und den Ausbau der militärischen Möglichkeiten. Ein Vergleich mit den USA fällt heute schon sehr stark zu Ungunsten der EU aus: die Produktivität ist in Europa wesentlich geringer als in den USA; die Energiekosten sind um 345 Prozent höher als in Amerika; das EU- Bruttoinlandsprodukt (BIP) bereits um 30 % niedriger als das amerikanische. Die USA sind davongezogen, die Europäische Union befindet sich in Agonie, so die Schlussfolgerung des Italieners. Wenn wir Partner der USA sein wollen, müssen wir wirtschaftlich auf Augenhöhe sein. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Draghi 170 Vorschläge unterbreitet, die hauptsächlich darauf abzielen, in Europa die Möglichkeit für massive Investitionen zu schaffen.

Aber handelt es sich dabei um ein europäisches Projekt, oder um Initiativen der einzelnen Nationalstaaten? So sehr Macron in großen Reden immer die Notwendigkeit einer europäischen Souveränität hervorhebt, so ist für ihn gerade die Re- Industrialisierung des eigenen Landes ein erklärtes politisches Ziel. Tatsächlich war die Entindustrialisierung Frankreichs während der letzten Jahrzehnte so massiv, dass die französische Industrie 2022 nur mehr 10,4 % des nationalen BIP erzeugte, verglichen mit 20,4 % der deutschen Industrie oder 15,7 % der italienischen. Das hat sich katastrophal auf die französische Handelsbilanz

ausgewirkt. Diese hatte, wiederum nach Statistiken von Eurostat, 2022 ein Defizit von € 190 Milliarden ausgewiesen; verglichen mit einem Überschuss von € 80 Milliarden, der im selben Zeitraum von Deutschland erzielt wurde.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, hat die französische Regierung zahlreiche Maßnahmen beschlossen, beginnend mit der Förderung von Investitionen bei Klein- und Mittelbetrieben sowie Steuererleichterungen. Es wurde der Plan „France 2030“ aufgestellt und ein Gesetz „Grüne Industrie“ beschlossen. Allerdings besteht die erste Schwierigkeit bei der Umsetzung dieser Programme bereits darin, dass es gar nicht leicht ist, zumindest die derzeitige Industriestruktur zu erhalten. Denn die Entindustrialisierung hat bewirkt, dass ausländische Unternehmen auf den französischen Markt vorgedrungen sind, und das ist nunmehr eine nicht unerhebliche Konkurrenz im eigenen Land. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass man sich einerseits um ausländische Investitionen bemüht, diese aber auch, insbesondere wenn es um die „strategische Sicherheit“ geht, kontrollieren will.

Daran erkennt man die Vielfalt der Herausforderungen, die eine Re-Industrialisierung mit sich bringt: zunächst geht es um wirtschaftliche Fragen, verbunden damit um Arbeitsplätze. Es geht aber auch um die Sicherheit des Landes und um die Lebensqualität der Menschen. Wesentlich sind private Initiativen, aber die Rahmenbedingungen müssen von der öffentlichen Hand geschaffen werden. Dafür wurde der Plan „France 2030“ beschlossen.

Die Forderung, die französische Industrie zu stärken, „französisch zu produzieren“ und „französisch zu kaufen“, wird von verschiedenen politischen Strömungen vertreten. So hat Arnaud Montebourg als Wirtschaftsminister einer sozialistischen Regierung gefordert, „Verrat als Wirtschaftsdelikt“ (délit de trahison économique) nach dem Strafgesetzbuch zu ahnden. In diesem Sinne sollten alle belangt werden können, die bei ihren Entscheidungen die Interessen Frankreichs nicht genügend berücksichtigten. Dabei hat man insbesondere an die großen Konzerne des Landes gedacht, die das Rückgrat der nationalen Wirtschaft und Industrie bilden, wie Safran SA, ein Technologiekonzern mit Sitz in Paris, der 79 000 Mitarbeiter beschäftigt und im Jahre 2020 einen Umsatz von € 16,5 Milliarden erzielte. Oder an die Thales Gruppe, mit 77 000 Beschäftigten und einem Umsatz von € 23,5 Milliarden diese Konzerne zählen genauso zum Kern der französischen Verteidigungsindustrie wie der Flugzeughersteller Dassault Aviation der die Kampfflugzeuge Mirage und Rafal herstellt.

Weltgeltung haben zweifellos auch die Marken L’Oreal, Renault oder Michelin, die auch aufzeigen, dass französische Spitzenprodukte in den verschiedensten Branchen erzeugt werden. Doch was heißt „französisch“? 13 der 40 größten französischen Konzerne wurden 2023 von einem Generaldirektor geführt, der keinen französischen Pass hatte. Manche Konzerne wurden mit ausländischen fusioniert oder haben in ihren Aufsichtsorganen ausländische Vertreter. Bei anderen Großunternehmen bildet der französische Anteil bei den Aktionären nur eine Minderheit. Jedenfalls ist auch die Industriepolitik ein Bereich, bei dem sowohl Brüssel, als auch die nationalen Regierungen einen entscheidenden Einfluss ausüben können. Nicht unwesentlich dabei ist, ob man dabei gemeinsam oder getrennt vorgeht.

1.4 Ist eine europäische Souveränität bei Klima und Energie möglich?

Die Europäer sind dem Klimawandel ausgesetzt, direkt und indirekt. Die Kapriolen des Wetters wirken sich direkt aus. Es gibt Überschwemmungen in einer Region, Wasser- und Schneemangel in einer anderen. Indirekte Auswirkungen sieht man daran, dass es immer mehr Klimaflüchtlinge gibt. Alleine im Jahre 2017 haben die extremen Unwetterschäden in

der Höhe von € 14 Milliarden verursacht. Sollte sich die Durchschnittstemperatur nur um 1 °C erhöhen, könnte dieser Betrag auf € 170 Milliarden steigen. „Co-designing the Assessment of Climate Change“, ein von der EU gesponsertes Projekt, hat berechnet, dass alleine die Kosten bei einem gestiegenen Meeresspiegel sich in Europa auf € 135 Milliarden belaufen könnten.

Was auch immer die EU gegen den Klimawandel unternimmt, es geht auch darum, was andere Länder dagegen unternehmen. Es handelt sich um ein weltweites Phänomen und Europa erzeugt nicht einmal 10 % der Treibhausgase. Es geht also mit einem ganz entscheidenden Ausmaß auch darum, welche Anstrengungen andere Länder unternehmen. Wenn die Europäische Kommission 2019 ein „Green Deal“ beschlossen hat, das darauf abzielt, die Produktion von Kohle zu vermindern, profitieren jene, die mit der Verwendung von Kohle günstiger produzieren und nach Europa exportieren können.

Trotz der feierlichen Proklamationen bei den verschiedenen Umweltkonferenzen ist keineswegs sichergestellt, dass die USA und China dem europäischen Beispiel folgen. Und selbst einmal unterzeichnete Resolutionen sagen wenig darüber aus, ob diese Beschlüsse auch umgesetzt werden. Donald Trump hat sein Land von der 2015 in Paris unterzeichneten Klima- Erklärung zurückgezogen. Kanada hat sich lautstark dazu bekannt. Dennoch war in den folgenden Jahren der CO₂- Ausstoß in Kanada prozentmäßig größer als in den USA. Andererseits kann man nach vier Jahren Biden- Administration lesen, dass in den USA noch nie so viel Öl, Gas und Kohle gefördert wurde, wie jetzt. Und wenn die EU beschließt, im Sinne eines Green Deal Umweltzölle einzuheben, kann diese Maßnahme leicht als Protektionismus interpretiert werden. So sehr also der französische Präsident immer wieder von einem „souveränen Europa“ spricht, es wird sehr schwer sein, diese Souveränität im Umweltbereich zu verwirklichen.

Widersprüche anderer Art gibt es bei der Energiepolitik. Wenn auch hier eine europäische Souveränität gefordert wird, dann setzt Frankreich gleichzeitig auf die Atomenergie als Rückgrat seiner nationalen Energieversorgung. Deutschland hingegen hat alle Atomkraftwerke zugesperrt. Auch andere Mitglieder der Europäischen Union sind in dieser Frage gespalten. Dazu kommt noch der von den Vereinigten Staaten ausgeübte Druck, jegliche Energieversorgung aus Russland zu stoppen, was ihnen durch den Ukraine- Krieg weitgehend gelungen ist.

Tatsächlich gibt es im Bereich der Energiepolitik sowohl eine nationale als auch eine europäische Politik. Diese beschränkt sich vor allem darauf, Maßnahmen zu harmonisieren oder zu unterstützen, wie etwa die Entwicklung erneuerbarer Energien. Eine mögliche europäische Souveränität müsste jedenfalls auf die Kontrolle der vorhandenen Ressourcen abzielen, sowie auf die Entwicklung der dafür notwendigen Technologien.

Nun ist Europa nicht gerade mit Bodenschätzen gesegnet. Konnte man sich zu Beginn des Industriezeitalters noch auf die Kohle stützen, so konnten später nur einige Länder die eigenen Ölvorkommen erschließen, andere waren auf den Weltmarkt angewiesen, um die Energieversorgung ihres Landes sicherzustellen. Generell waren die Staaten Europas darauf angewiesen, sich vom Ausland her zu versorgen: aus Russland, aus Afrika oder aus dem Nahen Osten. Damit war eine gewisse Zweiteilung unseres Kontinents gegeben: Mittel- und Osteuropa bauten ihre Energieversorgung mit Russland aus, der Süden und Westen wandte sich an die Länder des Mittelmeerraums. Jedenfalls konnte sich auch in der Europäischen Union jeder seinen Partner aussuchen, der für die Energieversorgung zuständig war.

Diese Entscheidung stand wiederum im Zusammenhang mit der technischen Entwicklung und der Entscheidung der jeweiligen Regierung, wie weit diese im Bereich der Energieversorgung eingesetzt werden sollte. So hat sich Frankreich sehr bald für den Ausbau der Atomenergie entschieden. In den letzten Jahren ging es vielfach darum, wie weit die erneuerbaren Energien entwickelt werden sollten, wofür sich etwa Deutschland und Österreich entschieden haben.

Wenn damit die Technologie ein entscheidender Faktor der Energieversorgung wurde, muss man leider feststellen, dass Europa dabei nicht die führende Rolle in der Welt einnimmt, sondern China. Seit Jahren hat China massiv in die Entwicklung von Solaranlagen und Batterien für Elektro- Autos investiert, einmal, um der Zerstörung der Umwelt im eigenen Land zu begegnen, aber auch, um in diesem Bereich eine führende Rolle in der Welt zu erreichen.

Die USA wiederum haben in den letzten Jahren massiv auf die Ölförderung durch Fracking gesetzt und sind zum größten Öl-Produzenten der Welt geworden. Außerdem sind die USA dabei, die neuesten Technologien bei der Entwicklung von Atomkraftwerken einzusetzen, indem sie „small modular“ Reaktoren entwickeln. Während also die Europäische Kommission unsere Industrie mit Vorschriften aller Art zugedeckt hat, unternehmen China und Amerika die größten Anstrengungen, die weltweite Führung auch im Energiebereich zu erhalten. Dabei setzen beide Länder sowohl auf Atomkraftwerke, als auch auf erneuerbare Energien. In Europa hingegen ist diese Einheitlichkeit nicht gegeben: Frankreich bevorzugt nach wie vor die Atomenergie, Deutschland hat sich davon verabschiedet.

Die entscheidende Frage ist, ob Brüssel in diesem Bereich eine Hilfe oder ein Hindernis ist. Einerseits wurden die staatlichen Monopole im Bereich der Elektrizität zerschlagen, gleichzeitig wurden Ziele gesetzt, bei denen es vorrangig um die Eindämmung des Klimawandels ging. Die Verteilung von Gas und Strom wiederum wurde von der Produktion getrennt. Eine totale Liberalisierung führte aber dazu, dass sich auch außereuropäische Konzerne am europäischen Markt beteiligen können, was wiederum die Sicherheit unseres Kontinents beeinträchtigt.

In Frankreich besteht nach wie vor der feste politische Wille, bei der Energieversorgung autonom zu sein. Die Grundlage dafür sollen Atomkraftwerke bilden. Diese Ausrichtung geht zurück auf Pierre Mendès France und Charles de Gaulle in den 1950er Jahren und wurde durch die Öl- Krisen der 1970er Jahre verstärkt. Das Ziel war vor allem, bei der Elektrizitätsversorgung unabhängig zu sein. Diese Zielsetzung wird auch heute immer wieder in die politische Diskussion geworfen und war nur während der Präsidentschaft von François Hollande (2012-2017) unterbrochen. In den letzten Jahren hat der Krieg in der Ukraine, verbunden mit dem Energie- Lieferstopp aus Russland, diese Tendenz verstärkt. Konzerne wie Total, Alstom, Gaz de France und Electricité de France sollten helfen, diese Politik umzusetzen.

Bei dieser Politik geht es nicht nur um die Energieversorgung, sondern auch um die Energiesicherheit. Wie in anderen Ländern Europas, geht es dabei auch darum, die wirtschaftlichen Ziele mit den Umweltzielen in Einklang zu bringen. Für die nationale Politik ist dabei von entscheidender Bedeutung, dass die Energiekosten für alle Bürger tragbar sind. Hohe Stromrechnungen können das Wahlverhalten sehr leicht beeinflussen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass Frankreich bei der Elektrizität autonom ist, bei Öl und Gas durchaus nicht. Was auch immer auf europäischer Ebene beschlossen wird, die nationalen Regierungen werden dafür zur Rechenschaft gezogen. Wenn also Brüssel das Ende der

Verbrauchermotoren beschließt, sind die EU- Mitglieder daran gebunden. Die Entwicklung der erneuerbaren Energien wiederum ist an Materialien gebunden, die aus dem Ausland bezogen werden müssen. Eine Souveränität im Energiebereich kann also nur eine relative sein.

1.5 Welche Souveränität gibt es bei Ernährung und Landwirtschaft?

Die gemeinsame europäische Agrarpolitik wurde schon in den Gründungsverträgen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 verankert und in der Europäischen Union fortgesetzt. Dennoch heißt das französische Landwirtschaftsministerium heute offiziell „Ministère de l’Agriculture et de la Souverénité nationale“. Die Frage ist daher auch hier, wie sich europäische und nationale Souveränität in Einklang bringen lassen? Es geht also darum, wie im Ernährungsbereich die nationale Autonomie wieder hergestellt werden kann, wie die Importe verringert und die Exporte erhöht werden können. Tatsächlich war Frankreich vor zwei Jahrzehnten weltweit noch der zweitgrößte Exporteur von Agrarprodukten, gleich hinter den USA. In der Zwischenzeit wurde es von den Niederlanden, Deutschland, Brasilien und selbst China überholt.

Eine entscheidende Entwicklung dabei war, dass die französischen Agrar- Importe stark gestiegen sind, von € 2 Milliarden im Jahre 1970 auf € 60 Milliarden 50 Jahre später. Das hängt wohl damit zusammen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Landwirtschaft erheblich gesunken ist. Diese Tendenz wurde durch den Krieg in der Ukraine erheblich verstärkt. Gleichzeitig wurden während der Covid- Epidemie Abhängigkeiten vom Ausland deutlich sichtbar. Als Antwort darauf wurde dann das Postulat von der „Souveränität im Ernährungsbereich“ erhoben. Tatsächlich fühlen sich viele Franzosen ihrem ländlichen Raum sehr verbunden. Protestbewegungen der Bauern finden auch im städtischen Bereich eine nicht unerhebliche Unterstützung. Führende Politiker wie Jacques Chirac haben ihre Verbundenheit mit dem ländlichen Raum dadurch zum Ausdruck gebracht, dass sie neben einem führenden Amt in Paris auch die Vertretung eines ländlichen Wahlkreises wahr genommen haben.

Verschiedene Pläne, die heimische Produktion anzukurbeln, hatten unterschiedliche Erfolge. Dabei war stets das Ziel, Importe, und damit die Abhängigkeit vom Ausland, zu reduzieren. Aber die strukturellen Vorteile anderer Produzenten, etwa niedrigere Lohnkosten oder geringere Abgaben, konnten dadurch nicht ausgeglichen werden. Dabei hat sich auch gezeigt, dass einige Partner selbst innerhalb der EU bei verschiedenen Produkten wie Hühnerfleisch, Rindfleisch, bei Früchten und Gemüse oder bei Ölprodukten einen Wettbewerbsvorteil haben.

Wie lässt sich nun die Ernährungs- Souveränität eines Landes mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Einklang bringen? Länder wie Irland, die Niederlande, Dänemark und bis vor kurzem auch Großbritannien, sahen traditionell im freien Warenaustausch einen Vorteil. Andere Länder haben selbst im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik Strategien zur Förderung der eigenen Landwirtschaft festgelegt. Zur Zeit sieht man, wie das Projekt eines Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Ländern des MERCOSUR (Gemeinsamer Markt von Ländern Lateinamerikas) die Geister spaltet. Dieses Abkommen wird seit Jahrzehnten verhandelt und hat zum Ziel, dass Europäer mit ihren Industrieprodukten (etwa deutschen Autos) einen erleichterten Zugang zum lateinamerikanischen Markt bekommen. Europäische Konsumenten sollten im Gegenzug von dort billigere Agrarprodukte beziehen können. Die französischen Bauern laufen dagegen Sturm.

Im Rahmen der EU ist die Zuständigkeit für den Abschluss dieses Abkommens deshalb nicht ganz einfach, weil dieses aus einem politischen und einem wirtschaftlichen Teil besteht. Für den Außenhandel, also den wirtschaftlichen Teil, hat die Kommission die alleinige Zuständigkeit, für den politischen Teil nicht. Der französische Präsident hat ausgerechnet beim G20 Gipfel in Rio im November 2024 sein Veto gegen die Unterzeichnung des beabsichtigten Abkommens eingelegt. Man wird sehen, wie der Europäische Rat entscheiden wird. Unabhängig davon wurde deutlich, dass die massiven Proteste der französischen Bauern schon in der Vergangenheit zu einer gewissen Re-Nationalisierung der Agrarpolitik geführt haben, indem die französische Regierung den eigenen Bauern massive Subventionen zugestanden hat. Das bereits von Montesquieu programmierte Prinzip „ex pluribus unum“ kann also selbst im Agrarbereich nicht voll verwirklicht werden, obwohl Brüssel dafür von Beginn an die alleinige Kompetenz zugesprochen wurde. Außerdem gibt es für den Zeitraum von 2023-2027 in mehreren Ländern Pläne für eine „nationale Agrarstrategie“, was die politischen Möglichkeiten der Kommission nicht unerheblich beeinträchtigt.

Das Konzept der Ernährungs-Souveränität hat durch die Covid- Epidemie und unterbrochene Lieferketten neue Bedeutung erhalten. Auch der Krieg in der Ukraine und die den Ukrainern gewährte bevorzugte Behandlung hat vielfach den von der EU festgelegten Normen nicht entsprochen und die bestehende Praxis infrage gestellt. Das Problem besteht auch hier darin, dass das Prinzip der Souveränität für den Souverän die ausschließliche und alleinige Machtausübung vorsieht. Eine europäische Souveränität kann auch im Ernährungsbereich nur sehr schwer neben einer nationalen Souveränität bestehen. Eine Lösung könnte darin gefunden werden, dass man den Begriff der Souveränität genauer definiert und eine klarere Kompetenzaufteilung zwischen den einzelnen Ebenen festlegt.

Jedenfalls hat selbst David Ricardo, einer der Vorkämpfer und Vordenker für einen freien Handel, darauf hingewiesen, dass im Bereich der Landwirtschaft eine Ausnahme gemacht werden kann. Die Ernährung der eigenen Bevölkerung darf nicht von den politischen und wirtschaftlichen Risiken abhängen, die mit einem grenzüberschreitenden Handel verbunden sind.

2 Wer regelt die Einwanderung nach Europa- Brüssel oder die Mitgliedsländer?

2.1 Die Einwanderungspolitik der Europäischen Union

Zunächst stellt sich die Frage, welche Rechtsgrundlagen es für die Einwanderungspolitik in die Europäische Union gibt bzw. wer ist dafür zuständig. Brüssel oder die nationalen Regierungen? Die rechtlichen Grundlagen der EU- Einwanderungspolitik sind in den Artikeln 79 und 80 des „Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV) verankert. Diese Artikel geben der EU die Befugnis, Bedingungen für die Einreise und den rechtmäßigen Aufenthalt von Angehörigen aus Drittstaaten festzulegen. Damit sollte ein Rahmen geschaffen werden, der es der EU ermöglicht, die Einwanderungspolitik zu koordinieren; gleichzeitig sollte es aber auch möglich sein, nationale Besonderheiten zu berücksichtigen.

Die Politik der Europäischen Union ist grundsätzlich darauf ausgerichtet, die legale Einwanderung durch verschiedene Maßnahmen zu fördern. Diese sehen vor, die Integration von Bürgern aus Drittstaaten zu unterstützen. Dazu gehören Programme zur Förderung der

sozialen und wirtschaftlichen Integration, wie etwa Sprachkurse, Ausbildung oder die Integration am Arbeitsmarkt. Ein Beispiel dafür ist die Blue Card Richtlinie, die hoch qualifizierten Arbeitskräften aus Drittstaaten den Zugang zum EU- Arbeitsmarkt erleichtert.

Gleichzeitig sollten es die EU- Regelungen ermöglichen, die illegale Einwanderung zu bekämpfen. Konkret wären das Maßnahmen zur Sicherung der Außengrenzen, die Bekämpfung von Menschenhandel oder des Schlepperwesens. Vorgesehen ist auch eine Rückführung illegaler Einwanderer. Dafür wurden Abkommen mit Ländern außerhalb der EU abgeschlossen. Damit sollte die Rückkehr von Personen erleichtert werden, die keinen Anspruch auf Aufenthalt in der EU haben.

Ein ganz wesentlicher Teil der EU- Regelungen betrifft die Solidarität und die gerechte Aufteilung von Migranten durch die Mitgliedstaaten. Eine entsprechende Verantwortung aller wurde im Vertrag von Lissabon festgelegt. Mitgliedstaaten, die besonders stark von Migrantenströmen betroffen sind, sollten Unterstützung von den anderen innerhalb der EU erhalten. Dies konnte eine finanzielle Unterstützung oder die Umverteilung von Asylbewerbern umfassen.

Tatsächlich hat Brüssel verschiedene Strategien und Programme zur Steuerung der Migration entwickelt, die allerdings von der politischen Realität weitgehend überholt wurden. So ist das Rechtssystem, das Asylansuchen und Migration regeln soll, in den Grundzügen nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt wurden und entspricht nicht mehr den Herausforderungen von heute. Damals wurden einige wenige Gründe für einen „Flüchtlingsstatus“ festgelegt, das ganze System war auf individuelle Ansuchen abgestellt. Als Flüchtling musste anerkannt werden, wer aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen verfolgt wurde. Damals war keine Rede von all jenen, die wegen des Klimawandels, wegen Bürgerkriegen oder wegen Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung ihre Heimat verlassen wollten. Aber eine Völkerwanderung, wie wir sie heute erleben, kann nicht über Asylansuchen geregelt werden. Darüber hinaus ist das Prinzip der Solidarität innerhalb der Europäischen Union nie wirksam geworden. Das „Dublin- System“, das vorgesehen hat, dass jenes Land die Hauptlasten der Einwanderung tragen sollte, in dem Migranten zuerst angekommen sind, ist zusammengebrochen, weil sich die betroffenen Länder, vor allem Spanien, Italien und Griechenland, alleine gelassen fühlten.

Die im Rahmen der Europäischen Union hinsichtlich der Migration entwickelten Theorien passen nicht in die politische Realität. Es wurde ein „Gesamtansatz für Migration und Mobilität“ (GAMM), entwickelt, der die Migration zwischen EU und Drittstaaten grundsätzlich regeln sollte. Dieser allgemeine Rahmen umfasste vier Säulen: legale Einwanderung und Mobilität; illegale Einwanderung und Menschenhandel; rechtlicher Schutz und Asylpolitik; Hilfe bei den Auswirkungen von Migration und Mobilität auf die Entwicklung.

Allerdings zeigt sich, dass die EU den Herausforderungen der Masseneinwanderung nicht gewachsen ist. Migrationsströme können nicht bewältigt werden, die Integration funktioniert nicht und die illegale Einwanderung kann nicht eingedämmt werden. Immer mehr Mitgliedstaaten ergreifen Maßnahmen im nationalen Rahmen, was am Beispiel von Frankreich näher dargestellt wird. Die künftige Entwicklung wird davon abhängen, ob eine realistische Kompetenzaufteilung zwischen Brüssel und den nationalen Regierungen bei der Einwanderungspolitik gefunden werden kann. In den letzten Jahren ist es jedenfalls zu einer Re- Nationalisierung in diesem Bereich gekommen, was daran ersichtlich ist, dass auch im Schengenraum wieder nationale Grenzkontrollen eingeführt wurden. Auch die

Zusammenarbeit mit Drittstaaten war vielfach stärker getragen vom Wunschdenken, als von der politischen Wirklichkeit.

Zur politischen Wirklichkeit gehört auch, was Menschen in einzelnen Ländern als Realität, als politische oder gesellschaftspolitische Herausforderung empfinden. Laut den im Jahre 2024 veröffentlichten Statistiken leben etwa 6 % der EU- Bevölkerung als Nicht- EU- Bürger innerhalb der Europäischen Union, etwa 9 % wurden außerhalb der EU geboren. Diese Zahlen sind nicht dramatisch und sagen als Durchschnittswerte wenig aus. Tatsächlich haben sich in einzelnen Regionen Parallelgesellschaften entwickelt, die, zumindest bei Teilen der ansässigen Bevölkerung, auf Gegnerschaft stoßen. Im Jahre 2023 wurden in der EU 3,7 Millionen „erste Aufenthaltstitel“ ausgestellt, meistens für Familienzusammenführungen, sowie im Bildungsbereich. Die Zahl der Asylanträge in der EU stieg in diesem Jahr um 18 % im Vergleich zu 2022, wobei die meisten Anträge aus Syrien, Afghanistan und der Türkei kamen. Aber auch hier gilt, was gerade am Beispiel Frankreich gezeigt werden kann, dass eben wesentliche Ziele, wie das der Integration, nicht erreicht werden konnten.

Angesichts der entstandenen Schwierigkeiten ist es nicht sehr übertrieben festzustellen, dass es fast unmöglich geworden ist, die Fragen der Migration auf europäischer Ebene zu lösen. Einige Staaten sind erst in den letzten Jahrzehnten Einwanderungsländern geworden, aus Osteuropa wiederum wandern Menschen in Scharen ab. Nach einer in Frankreich im November 2024 von CNEWS durchgeführten Umfrage lehnen 48 % der Franzosen jegliche Form der Einwanderung ab, die legale sowie die illegale. Deutschland hingegen hat auch in den letzten Jahrzehnten Zuwanderung wesentlich großzügiger gehandhabt als andere Länder. Aber selbst in Deutschland hat diese Politik mit dem Erstarken der AfD (Alternative für Deutschland) zu einer Veränderung der politischen Landschaft geführt.

Die Mitglieder der EU unterscheiden sich aber nicht nur untereinander in ihrer Haltung zur Migration, auch innerhalb der Staaten gibt es Gruppen, die eine „multikulturelle Gesellschaft“ anstreben und Einwanderung befürworten, und solche, die, oft massiv, dagegen sind. Entsprechend wird auch die Auswirkung der Migration auf den Arbeitsmarkt unterschiedlich gesehen. Sehen die einen vor allem einen Verdrängungswettbewerb, betonen andere, dass ohne Zuwanderung bestimmte Wirtschaftssektoren wie Hoch- und Tiefbau, der Servicebereich oder häusliche Dienstleistungen nicht mehr bewältigt werden könnten. Damit zusammenhängt die Frage, wie die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt gestaltet werden kann. Im Jahr 2023 waren 11,2 Millionen Nicht- EU- Bürger in der Union beschäftigt, was 5,7 % der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausmacht. Das ist keine überwältigende Zahl, aber auch hier geht es um die Konzentration auf einige Bereiche. Jedenfalls ist in vielen Ländern der Ruf nach einer nationalen Regelung der Einwanderung immer lauter geworden, was nunmehr am Beispiel Frankreichs aufgezeigt werden soll.

2.2 Einwanderung als Thema der französischen Innenpolitik

Frankreich hat eine lange Geschichte der Einwanderung, die wesentlich mit der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes zusammenhängt. Diese Geschichte ist geprägt von Perioden der Offenheit und anderen der Restriktion, die sich im Laufe der Zeit abgewechselt haben. Die Einwanderung nach Frankreich begann bereits intensiv im 19. Jahrhundert, als das Land Arbeitskräfte für die Industrialisierung benötigte. Auch nach den beiden Weltkriegen war Frankreich auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, um den Bevölkerungsrückgang und den entstandenen Arbeitskräftemangel auszugleichen. In dieser Zeit kamen viele Einwanderer

aus Italien, Polen, Spanien und später aus den afrikanischen Kolonien. Die Einwanderung aus Algerien bildete immer einen Sonderfall, weil dieses Land bis zu seiner Unabhängigkeit 1962 als integraler Teil des Mutterlandes galt.

In den letzten Jahrzehnten wurde die Einwanderungspolitik ein zentrales Thema der innenpolitischen Diskussion in Frankreich was dazu führte, dass die Regeln für die Einwanderung zunehmend verschärft wurden. In diesem Sinne haben verschiedene Regierungen Maßnahmen ergriffen, um die Zahl der Asylsuchenden zu reduzieren und die Rückführung abgelehnter Asylbewerber zu beschleunigen. Die diesbezüglichen Zahlen sind aber eher ernüchternd. Von 100 Asylbewerbern, die in ihre ursprüngliche Heimat zurückgebracht werden sollten, ist das gerade bei sieben gelungen. Gleichzeitig wurden auch Programme beschlossen, um die Integration von Migranten, die sich legal im Lande aufhielten, zu erreichen.

Dabei kann man feststellen, dass die Wahrnehmung der Einwanderung durch weite Teile der Bevölkerung oft nicht den realen Gegebenheiten entspricht. Der Anteil der Einwanderer an der Gesamtbevölkerung ist nämlich in Frankreich durchwegs geringer als in anderen europäischen Ländern, was nichts daran ändert, dass die Diskussion darüber oft mit größerer Intensität geführt wird. Wurde zunächst Jean-Marie Le Pen wegen seiner Haltung zur Einwanderungspolitik als rechtsextrem abgestempelt und ausgegrenzt, so haben in der Zwischenzeit auch andere Parteien Maßnahmen übernommen, die zunächst von ihm und dann von seiner Tochter Marine Le Pen vorgeschlagen wurden. Aber trotz einer verschärften Immigrationspolitik konnte der Zustrom von Menschen, die insbesondere aus Afrika kamen, kaum eingedämmt werden.

Natürlich hat sich Frankreich stets bemüht, eine Rolle bei der Gestaltung der europäischen Migrationspolitik zu spielen. So wurde das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ während der französischen EU- Ratspräsidentschaft im Jahre 2022 reformiert. Aber auch dadurch konnte nicht verhindert werden, dass die Diskrepanz zwischen einer europaweiten Entwicklung und den einzelnen nationalen Debatten bestehen blieb.

Offiziell war und ist die Integration von Einwanderern, die legal ins Land gekommen sind ein zentrales Ziel der französischen Politik. Zeitweise ist man dabei zu formalistisch vorgegangen. In einem Land, das der Welt durch die Große Revolution Freiheit und Gleichheit geschenkt hat, würden diese Grundsätze ohnehin verwirklicht. Tatsächlich haben sich aber vor allem in den Vorstädten Parallelgesellschaften entwickelt, mit ihrer eigenen moslemischen Gesetzmäßigkeit und einem eigenen islamischen Lebensstil. Da diese Gegenden selbst für die Polizei manchmal als „no man´s land“ betrachtet wurden, hat bereits Nicolas Sarkozy in seinem Präsidentschaftswahlkampf angekündigt, mit einem Kärcher diese Vorstädte säubern zu wollen. Aber auch lange nach seiner Präsidentschaft, die 2012 endete, hat sich die Lage vielfach nicht verbessert; im Gegenteil, durch den angestiegenen Drogenhandel, sogar noch verschlechtert.

Wie unterschiedlich die Situation gesehen wird, wurde sehr deutlich, als im Herbst 2024 Präsident Emmanuel Macron davon sprach, dass die Einwanderung durchaus einen Gewinn für sein Land darstellt, sein damaliger Innenminister aber gleichzeitig betonte, dass der Anteil der Ausländer in der Kriminalitätsstatistik äußerst hoch ist. In diesem Sinne wird von einigen auch hervorgehoben, dass Migranten vielfach jene Arbeiten durchführen, die von Einheimischen gemieden werden. Außerdem zahlen sie Steuern und Sozialabgaben und tragen zur demographischen Erneuerung des Landes bei. Andere wiederum stützen sich auf

jene Berechnungen, die hervorheben, wie viele Sozialleistungen Ausländer, manchmal auch illegale, in Anspruch nehmen.

Sowohl bei den Wahlen zum Europäischen Parlament als auch bei den im Sommer 2024 ausgerufenen Parlamentswahlen war die Einwanderungspolitik ein zentrales Thema, das die traditionelle Parteienlandschaft neu aufgestellt hat. Die vielfach als rechtsradikal bezeichnete Partei „Rassemblement national“ von Marine Le Pen war in traditionellen Arbeiterbezirken äußerst erfolgreich, während die linke Partei „La France insoumise“ sich sehr stark auf die Stimmen der Zuwanderer in den Vorstädten stützen konnte. Und obwohl auch Staatspräsident Macron immer wieder die Ausgrenzung von Marine LePen betrieb, wurden auch unter seiner Regierung Gesetze beschlossen, die ursprünglich von der Rechten initiiert worden waren.

Somit kann man feststellen, dass in Frankreich, so wie in anderen europäischen Ländern, die öffentliche Meinung zur Einwanderung gespalten ist. Während die einen die wirtschaftlichen Vorteile und die kulturelle Bereicherung betonen, sehen andere in der Einwanderung eine Bedrohung der nationalen Identität und der nationalen Sicherheit. Natürlich spielen auch die Medien dabei eine entscheidende Rolle. Ganz wesentlich hat aber vor allem der Schriftsteller Michel Houellebecq mit seinem Roman „Soumission“ die öffentliche Meinung beeinflusst, was im nächsten Kapitel näher ausgeführt werden soll.

2.3 Michel Houellebecq und die Angst vor dem Verlust der eigenen Identität

Aufgrund dieser Entwicklung kamen viele zum Schluss, dass es praktisch unmöglich geworden ist, die Migration auf europäischer Ebene zu lösen. Tatsächlich sind einige Staaten Einwanderungsländer geworden, die das vorher nicht gewesen sind. Aus Osteuropa wiederum wandern Menschen in Scharen ab. Nach einer in Frankreich im November 2024 vom Sender CNEWS durchgeführten Umfrage lehnen 48 % der Franzosen jegliche Form der Einwanderung, sowohl die legale, als auch die illegale, strikte ab; und 67 % sind dafür, dass die Grenzkontrollen wieder eingeführt werden. Deutschland hingegen hat gerade in den letzten Jahren Zuwanderung wesentlich großzügiger gehandhabt. Aber selbst in Deutschland hat die Politik der „Willkommenskultur“ mit dem Erstarken der AfD (Alternative für Deutschland) zu einer Veränderung der politischen Landschaft geführt.

Die Mitglieder der Europäischen Union unterscheiden sich aber nicht nur untereinander in ihrer Haltung zur Migration, auch innerhalb der Staaten gibt es unterschiedliche Vorstellungen. So wollen einige Gruppen eine „multikulturelle Gesellschaft“ und befürworten eine Einwanderung, andere wiederum sind militant dagegen. Damit in Zusammenhang steht, dass auch die Auswirkungen der Migration unterschiedlich gesehen werden: Einige betonen die positiven Impulse für den Arbeitsmarkt, andere heben die mit Ausländern verbundenen sozialen Kosten hervor.

Die Ängste seiner Landsleute, dass in Frankreich schleichend die islamische Gesellschaftsordnung eingeführt wird, hat Michel Houellebecq sehr treffend in seinem Roman „Soumission“, auf Deutsch „Unterwerfung“, eingefangen. Dabei ist dieser Titel eine doppelte Anspielung: So bedeutet das Wort „Islam“ völlige Unterwerfung des Gläubigen gegenüber Gott; gleichzeitig soll darauf hingewiesen werden, dass Frankreich dabei ist, sich dem Islam zu unterwerfen. Der Roman erzählt die Geschichte des Dozenten Francois, der erlebt, wie sich die politische Landschaft neu formiert, wie die „Islamische Bruderschaft“ alles daran setzt, vor allem die Oberhoheit über das Erziehungssystem zu erhalten. Viele Menschen im Lande passen sich dieser Entwicklung an.

Nach dem Wahlsieg des muslimischen Kandidaten, Ben Abbes, bei den Präsidentenwahlen gibt es im Roman die ersten islamisch geprägten Veränderungen in der Gesellschaft. Die Ausgaben im traditionellen Bildungsbereich werden radikal gekürzt, mit Saudi-Geldern wird das islamische Schulsystem ausgebaut. Die Kriminalität geht zurück und ebenso die Arbeitslosigkeit, weil Frauen aus ihrem Beruf gedrängt werden. Der Kleidungsstil der Frauen wird konservativer. Wer an der Universität unterrichten will, muss zum Islam konvertieren. Der Rektor und die Professoren an der Sorbonne, die früher durchaus rechten Bewegungen nahe standen, haben sich rasch dem Islam zugewandt. Dieser ist auf eine inegalitäre, autoritär- patriarchalische Gesellschaft ausgerichtet. Angesichts eines stark säkularisierten und kraftlosen Christentums gewinnt die Dynamik des Islam die Oberhand. Die Islamisierung Frankreichs bringt für Francois durchaus auch Vorteile mit sich. Dozenten verdienen an der Universität mehr als früher; und für jene, die es wollen, ist Polygamie erlaubt.

Der Wahl eines Moslems zum Staatspräsidenten ist eine Phase der Auseinandersetzungen vorausgegangen. Zeitungen haben regelmäßig von der Möglichkeit eines Bürgerkriegs zwischen moslemischen Einwanderern und der einheimischen Bevölkerung Westeuropas geschrieben. Aber die Bruderschaft der Muslime hat darauf gesetzt, dass sie auch an die Macht kommen kann, wenn sie die Spielregeln der Demokratie einhält. Der Erfolg hat ihr Recht gegeben.

Die Identität Frankreichs war aber auch von einer anderen Seite bedroht, nämlich von Brüssel. Sowohl das Parteiprogramm der bürgerlichen Partei, ebenso wie das der Sozialistischen Partei, sahen vor, Frankreich verschwinden zu lassen, das Land in eine Europäische Föderation zu integrieren. Auch wenn die eigenen Parteimitglieder das nicht wollten, die Parteiführung ging jedes Bündnis ein, um in die Regierung zu kommen. Opportunisten haben dann auch den muslimischen Kandidaten Ben Abbes unterstützt, ebenfalls mit der Absicht, an der Regierung beteiligt zu werden. So die Vision des Autors.

So sehr man die Schilderungen von Michel Houellebecq als Roman- Fantasien abtun mag, viele Franzosen erkennen in diesen Schilderungen sehr wohl einen Bezug zur politischen Realität. So schreibt Michel Houellebecq über die Bedeutung der Schlacht von Portiers, wo Karl Martell 732 die Araber geschlagen hat und damit die Ausbreitung der Muslime nach Norden gestoppt hat. Es war „eine entscheidende Schlacht, die den wahren Beginn des christlichen Mittelalters markiert“. Tatsache ist, dass im Herbst 2024 Schüler in Portiers Anschläge auf christliche Einrichtungen geplant hatten, um sich für die Niederlage von 732 zu rächen.

Der Roman wirft weitere Themen dieser Art auf. So spielt ein Francois Bayrou eine Rolle, der bei der Machtergreifung von Ben Abbas eine nicht unerhebliche Rolle spielte. Dieser Bayrou wollte unter allen Umständen ein „hohes Amt bekleiden“ und hat seine persönlichen politischen Ambitionen immer wieder in den Mittelpunkt gestellt. Er hielt sich für Heinrich IV, der bekanntlich den Ausgleich zwischen Katholiken und Protestanten finden wollte, sich also als Friedensstifter im Dialog der Religionen betrachtete. Und damit erfreute sich Bayrou bei der katholischen Wählerschaft, „die seine Dämlichkeit beruhigt“, größter Beliebtheit. Der neue Präsident Ben Abbas nutzte das aus und präsentierte sich als Vertreter eines „neuen Humanismus“, der alle Religionen respektierte. Man wird sehen, wie weit die Romangestalt mit jenem Francois Bayrou übereinstimmt, der im Dezember 2024 tatsächlich zum Ministerpräsidenten Frankreichs ernannt wurde. Ben Abbes, so der Roman- Autor, ist in Wahrheit ein ausgesprochen geschickter Politiker, „zweifelloos der Durchtriebenste, den wir

seit Francois Mitterand in Frankreich hatten“. Und im Gegensatz zu Mitterand hat er eine historische Vision.

In „Unterwerfung“ wird auch im Detail aufgezeigt, wie diese Vision im Rahmen einer neuen islamischen Innen- und Außenpolitik umgesetzt wird. Entscheidend dabei ist wohl, dass viele Leser in Frankreich die tatsächliche Entwicklung vorweggenommen sehen und zur Überzeugung kamen, dass die Einwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte offensichtlich zu diesem Ergebnis führen musste.

3 Die Militarisierung Europas am Beispiel Finnlands

3.1 Europa rüstet auf

Durch den Krieg in der Ukraine wurde die europäische Integration auf den Kopf gestellt, aus einem Friedensprojekt wurde eine Kriegsallianz. Die Bilder vom russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 erzeugten Angst. Die jahrzehntelange Dämonisierung des russischen Präsidenten Wladimir Putin und die damit verbundene westliche Propaganda haben diese Gefühle der Angst weiter massiv geschürt. Die NATO, das westliche Militärbündnis, von dem der französische Präsident nur wenige Jahre vorher noch erklärt hatte, es wäre „scheintot“, hat einen so gewaltigen Auftrieb erhalten, dass es die bestimmende Kraft in der europäischen Außenpolitik wurde. In diesem Sinne stand die Berichterstattung über den EU-Gipfel im Dezember 2024 unter dem Motto „NATO weist der Europäischen Union den weiteren Weg in der Ukraine-Politik“.

Bereits im Jahre 2023 erreichten die weltweiten Militärausgaben mit € 2,28 Billionen einen neuen Höchststand. Damit wurden, laut Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI, die Militärausgaben zum neunten Male in Folge die Ausgaben des Vorjahres übertroffen. Die USA lagen mit einem Militärbudget von € 916 Milliarden an der Spitze, was 3,4 % des amerikanischen BIP entsprach. Es folgten China mit € 296 Milliarden (1,7 % des BIP) und Russland mit € 109,5 Milliarden (5,9 % des BIP). Vor allem die europäischen Militärausgaben erreichten seit Beginn des Jahres 2022 eine gewaltige Steigerung und errechnen 2023 bereits € 552 Milliarden, entsprechend der November/Dezember Ausgabe von DIPLOMATIE. Insgesamt dienten damals in den NATO- Ländern 3,4 Millionen aktive Soldatinnen und Soldaten, wobei die Schlagkraft der vielen doch weitgehend eigenständigen nationalen Armeen wohl kaum jene eines einheitlichen militärischen Apparats erreichen kann.

Seit Jahren verfolgt Brüssel eine kompromisslose Linie in der Ukraine-Politik. Schon 2013, anlässlich der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens wurde der Ukraine untersagt, eine Brückenfunktion zwischen der Europäischen Union und Russland einzunehmen. Kiew musste voll und ganz der von Brüssel vorgegebenen Linie folgen, was auch den Wünschen jener radikalen Gruppen entsprach, die 2014 durch den Maidan-Putsch an die Macht gekommen waren. Und als im Frühjahr 2022 selbst Präsident Selenskyj zu einem Frieden mit Moskau bereit gewesen wäre, wurde er vom damaligen britischen Premierminister Boris Johnson, der im Auftrag Washingtons handelte, überredet, weiter Krieg zu führen, „as long as it takes“.

Im Sinne dieser militanten Haltung gegen Russland hat die EU in den letzten Jahren mehr als ein Dutzend Sanktionspakete gegen Russland verhängt. Wirtschaftssanktionen sollten den Handel unterbinden, im Energiebereich und im Bereich der Hochtechnologie zumindest

wesentlich einschränken. Darüber hinaus sollten Finanz- Sanktionen russischen Unternehmen den Zugang zu internationalen Märkten unmöglich machen. Russische Vermögenswerte in der EU wurden eingefroren. Der damalige französische Finanzminister Bruno Le Maire erklärte voller Begeisterung, damit würde Russland in die Knie gezwungen. Allerdings legte auch er keinerlei Berechnungen über die Auswirkungen all dieser Maßnahmen vor, womit zu erklären ist, dass diese den Europäern oft mehr geschadet haben als den Russen.

Weit über die finanzielle und militärische Hilfe hinaus haben die EU- Länder auch Millionen von ukrainischen Flüchtlingen aufgenommen. Die militärische Unterstützung der Ukraine umfasst die gesamte Ausrüstung, die Ausbildung und das Training von Soldaten, die Lieferung von Waffen und Munition. Diese Politik wurde von Beginn an von den „neuen Mitgliedern“, von Polen und Balten festgelegt und vorangetrieben. In diesem Sinne erklärte auch die im Herbst 2024 neu bestellte Außenbeauftragte der EU, Kaja Kallas, Russland müsse besiegt werden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen all dieser Maßnahmen waren und sind jedenfalls äußerst bedenklich. Zwar sind die Aktien vom Rüstungskonzern Rheinmetall alleine in der Zeit vom Februar 2022 bis Juli 2024 um 420 % gestiegen, aber die Wirtschaft mehrerer EU- Staaten befindet sich in einer Rezession.

In dieser Situation hat Finnland beschlossen, seine traditionelle Politik der Pakt- Ungebundenheit aufzugeben und NATO- Mitglied zu werden. Gab es in der Geschichte zwischen Finnland und Russland immer wieder Spannungen, wobei der Winterkrieg 1939/40 bleibende Spuren hinterlassen hat, so hat die pro NATO-Gruppe im Land die im Februar 2022 entstandene Stimmung genutzt, um eine „Zeitenwende“ einzuleiten.

3.2 Die traditionelle Außenpolitik Finnlands

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt die von den Präsidenten Juho Paasikivi (Konservativ) Urho Kekkonen (Bauernpartei) festgelegte außenpolitische Linie breite Unterstützung über die Parteigrenzen hinweg. Ziel dieser Politik war die Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes, gestützt auf das gegenseitige Vertrauen in den Beziehungen mit der Sowjetunion und auf die nordische Zusammenarbeit als Brückenkopf in den Westen. Die im Ost- West-Konflikt verfolgte Politik der Neutralität interpretierte Präsident Kekkonen so: Es sei Finnlands Funktion, als Arzt und nicht als Richter zu handeln; man wolle bei Problemen lieber nach Heilung als nach Urteilen suchen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 wurde die Außenpolitik neu festgelegt: Jetzt galten militärische Bündnisfähigkeit, eine glaubwürdige eigenständige Landesverteidigung und die Stabilität in der Nachbarschaft als ihre wesentlichen Grundlagen.

Der Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union wurde im März 1992 von einer Regierung gestellt, die vom Zentrum (frühere Bauernpartei) und den Konservativen getragen wurde. Der Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion erfolgte 1998 unter einer Regierung, in der Sozialdemokraten, Konservative, die Linke Allianz, die Schwedische Volkspartei und die Grünen vertreten waren. Man kann also sagen, dass die Europapolitik dieser Jahre von allen wesentlichen Parlamentsparteien mitgetragen und mitgestaltet wurde.

Der Beitritt Finnlands zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995 bedeutete für das Land einen ganz entscheidenden Schritt. Damit wurde die volle Integration in die Staaten Westeuropas herbeigeführt, was sich sowohl auf die Außen- und Sicherheitspolitik, als auch auf die Innenpolitik auswirkte. Diese Veränderungen bewirkten vor allem, dass Finnland, verglichen zu seinen bisherigen Status, selbstständiger und unabhängiger wurde. In den ersten Wochen nach dem finnischen EU- Beitritt herrschte im Lande weitgehend

Optimismus, wobei es auch skeptische Stimmen gab. Laut Meinungsumfragen waren es die Mehrheit der Konsumenten, die Jugend und die Industrie, die der Zukunft mit Zuversicht entgegen blickten. Skepsis herrschte in der Landwirtschaft, die Preise für landwirtschaftliche Produkte fielen stärker, als die Berechnungen der Regierung vorhersagten.

In seiner Neujahrsansprache 1995 hatte Präsident Martti Ahtisaari den EU- Beitritt als positiven Schritt hervorgehoben und rief seine Landsleute zu einer Überwindung der anlässlich der Abstimmung über den EU- Beitritt sichtbar gewordenen Gräben auf. Damals wurde nämlich die Spaltung zwischen EU- Befürwortern in den Industriegebieten im Süden und im Westen einerseits, den Gegnern aus den landwirtschaftlich dominierten und strukturschwachen Gebieten des Nordens und Ostens andererseits sehr deutlich.

Der sicherheitspolitische Aspekt hat bei den finnischen Bestrebungen, der EU beizutreten, eine wesentliche Rolle gespielt. Die finnischen EU- Ambitionen waren anfangs von Russland mit großer Skepsis betrachtet wurden, schließlich gelang es jedoch, den großen Nachbarn von den wirtschaftlichen Vorteilen zu überzeugen: mehr Investitionen im Bereich der finnisch- russischen Regionalförderung, Finnland wurde gleichzeitig ein Tor für Russland in den EU- Markt. Wesentlich war auch, dass Finnland damals keinen Zweifel daran ließ, dass die finnische Landesverteidigung auch in Zukunft von den Finnen entschieden und selbstständig wahrgenommen würde. Die Erfahrungen des Winterkrieges, als Finnland alleine einem Aggressor entgegentreten musste, waren noch tief im Bewusstsein der Bevölkerung verankert.

Nach dem Kalten Krieg wurde die europäische Sicherheitsstruktur neu ausgerichtet. Die Sowjetunion hat den Kalten Krieg verloren, die NATO ist als Sieger hervorgegangen. Mit der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden, als Beobachter bei der Westeuropäischen Union und am Bosnien Einsatz der NATO hatte Finnland dann Schritte gesetzt, die für das Land einige Jahre vorher noch unvorstellbar waren. Helsinki hat aufgezeigt, dass es die neue außen- und sicherheitspolitische Szene in Europa mitgestalten wollte. Ein möglicher NATO- Beitritt wurde auch damals schon erwähnt, war aber nicht das entscheidende Thema. Es war Spezialisten der Außenpolitik, wie Max Jakobson vorbehalten, diese Frage in die Diskussion zu werfen.

Die Nähe bzw. die 1300 km lange Grenze zu Russland spielte auch bei den damaligen Überlegungen eine Rolle. Man wollte die Stabilität im Norden Europas nicht dadurch gefährden, dass man den großen Nachbarn unnötig provozierte. Und Präsident Ahtisaari vertrat die Auffassung „ein NATO- Beitritt sollte zu mehr Stabilität, und nicht zu mehr Instabilität führen; zu mehr Sicherheit und nicht zu mehr Unsicherheit“. Die herrschende Meinung war, Finnland könne mit einer eigenen starken Landesverteidigung in Nordeuropa zur Sicherheit am besten dadurch beitragen, dass es sich aus Militärbündnissen heraushält.

3.3 Die neue finnische Sicherheitspolitik

In Finnland hat es also sehr wohl immer auch Kräfte gegeben, die einen Beitritt des Landes zur NATO befürwortet haben. Dazu zählte die Zentrumspartei (Kokoomus), deren Vorsitzender Sauli Niinistö jahrelang war. In seiner Zeit als Staatspräsident wurde dann der Beitritt vollzogen. Für eine NATO- Mitgliedschaft waren, wie dargelegt, auch intellektuelle wie Max Jacobson, der sein Land auch bei den Vereinten Nationen vertrat. Niinistö nahm dann den russischen Einmarsch in der Ukraine zum Anlass, den NATO- Beitritt durchzusetzen, der am 4. April 2023 vollzogen wurde. Seitens der NATO wurde das als großer Erfolg und als Ausdruck der Geschlossenheit des Westens gefeiert. Finnland erwartet sich durch diesen Schritt zweifellos mehr Sicherheit im Ostsee- Raum, insbesondere gegen Russland. Darüber hinaus hat Finnland seine Verteidigungsausgaben erhöht und plant bis 2027 die Produktion von schwerer Artilleriemunition zu verdoppeln. Das Land investiert bereits jetzt 2,4 % seiner

Wirtschaftsleistung in die Verteidigung. Im Rahmen der NATO bereitet sich Finnland auf verschiedene Konfliktszenarien vor, von der hybriden Kriegsführung bis zu Cyberangriffen.

Wie ist nun das erste Jahr Finnlands im transatlantischen Militärbündnis verlaufen? Dass die Finnen immer wieder die Tendenz haben, international als „Musterschüler“ aufzutreten, hat sich auch in der NATO- Mitgliedschaft gezeigt. Wesentlich dabei war, dass Finnland immer auf eine sehr glaubwürdige nationale Verteidigung Wert gelegt hat und es auch in den letzten Jahrzehnten im Verteidigungsbereich eine starke Zusammenarbeit mit Schweden und den vereinigten Staaten gegeben hat. Als Finnland etwa in den 1990er Jahren eine wirklich schwere Wirtschaftskrise durchmachte, wurden in allen Bereichen drastische Sparmaßnahmen durchgesetzt, außer im Verteidigungsbereich. Selbst in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit wurde 1992 die Anschaffung von 64 amerikanischen Kampfflugzeugen beschlossen und durchgeführt. Damals wurde, auch unter Opfern, die gesamte Landesverteidigung modernisiert.

Der Beitritt Finnlands zur NATO wird deshalb gerade von Experten als echter Gewinn für das Militärbündnis gesehen: Das finnische Militär gilt als technisch hoch entwickelt und hat die Fähigkeit, auch in der Region der Arktis zu operieren. Die Mehrheit der Finnen betrachtet nun die neue internationale Situation so, dass ein Beitritt zur NATO auch ein mehr in Sicherheit bedeutet. Gemeinsam mit NATO- Kräften wurden beschädigte Untersee-Telekommunikationskabel repariert; Grenzübergänge zu Russland wurden geschlossen, weil man befürchtete, von russischer Seite würden Migranten eingeladen, diese in größeren Mengen zu gebrauchen. Das ist natürlich auch ein Zeichen dafür, wie sich das bisherige finnisch-russische Verhältnis auf die bilateralen Beziehungen ausgewirkt hat. Andererseits kann man sagen, dass Finnland bisher ein Partner der westlichen Allianz war, nunmehr aber ein Alliiertes geworden ist. Wichtig dabei ist vor allem, dass dieser entscheidende Schritt in der finnischen Sicherheitspolitik von einer großen Mehrheit der Bevölkerung, man spricht von 89 %, unterstützt wird. Mit einer aktiven Truppenstärke von 280 000 Mann und 900 000 Reservisten vergleichen die Finnen selbst ihre Kampfesstärke mit jener von Sparta im antiken Griechenland. Nachdem Finnland nunmehr auch 64 neue F-35As amerikanische Kampfflugzeuge kauft, werden wohl auch die Amerikaner der Meinung sein, die Finnen sind ein neuer, sehr wertvoller Alliiertes.

4 Europa im Zeitalter der Kriege

Seit einem Vierteljahrhundert wird auf der Welt ununterbrochen Krieg geführt. Dabei war die unmittelbare Auswirkung dieser Kriege auf die Politik Frankreichs bzw. Finnlands zunächst unterschiedlich. Frankreich war als NATO - Mitglied sowohl an der Bombardierung Serbiens als auch später im Afghanistan -Krieg beteiligt. 2003 lehnte der französische Präsident Jacques Chirac den amerikanischen Einmarsch in den Irak ab, was ihm eine harte Kritik in Washington einbrachte. Für Finnland war in all diesen Jahren die Neutralität, verbunden mit einer starken eigenen Landesverteidigung, Grundlage der Sicherheitspolitik.

1999 hat die NATO Serbien bombardiert, um die Unabhängigkeit des Kosovo zu erreichen. Die Attentate vom 11. September 2001 haben den „weltweiten Krieg gegen den Terror“ ausgelöst. Die darauf folgenden Kriege in Afghanistan und im Irak haben dann aber dazu beigetragen, dass sich der islamische Terror weiter ausgeweitet hat. Der „Arabische Frühling“ führte zu Bürgerkriegen und Chaos im Nahen Osten und in Nordafrika. In Europa führte der Kampf um Einflusssphären zum Krieg in der Ukraine. Und die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern haben seit dem Hamas-Anschlag am 7. Oktober 2023 einen neuen Höhepunkt erreicht.

Frankreich und Finnland sind ein Beispiel dafür, wie sich diese Kriege auf Europa ausgewirkt haben; auf die europäische Integration, auf die politische und wirtschaftliche Orientierung der Europäischen Union. Eine entscheidende Konsequenz zeichnet sich sehr deutlich ab: Das europäische Friedensprojekt wurde auf den Kopf gestellt. Aus der europäischen Integration, die ein in der Geschichte wohl einmaliges Friedensmodell darstellte, wurde eine Kriegsallianz.

4.1 Das Friedensprojekt Europa-die Revolution in der europäischen Diplomatie

Mit der Gründung des Europarates im Jahre 1949 hat eine „Revolution in der europäischen Diplomatie“ stattgefunden. Ziele und Mittel der Außenpolitik der Mitglieder des Europarates haben sich grundsätzlich geändert: 1000 Jahre lang war Außenpolitik Machtpolitik. Es ging um die Vergrößerung der Macht des eigenen Landes, um den Ruhm seines Herrschers. Als Mittel dazu dienten Realpolitik, Staatsräson und Krieg.

Nunmehr wurde die traditionelle Machtpolitik durch eine Politik der Zusammenarbeit zum Wohl der Bürger ersetzt: Aus Warfare wurde Welfare, aus Konfrontation wurde Kooperation, Human Security wurde wichtiger als National Security. Diese Politik baute auf auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Die Förderung der Wohlfahrt der Bürger wurde auch die Legitimation für das außenpolitische Handeln. Der Wohlfahrtsstaat erhielt eine internationale Dimension. Kriege zur Durchsetzung nationaler und machtpolitischer Interessen wurden für die Mitglieder des Europarates undenkbar. Damit wurde Europa ein Kontinent des Friedens, der Wohlfahrt, der Menschenrechte, mit Vorbildfunktion im Umweltschutz und führend in der Entwicklungshilfe.

4.2 Das hegemoniale Streben der USA

In den USA hat diese „Revolution der Diplomatie“ nicht stattgefunden. Im Gegenteil. Nach dem Sieg über den Kommunismus fühlten sich die USA darin bestätigt, eine auserwählte Nation zu sein. Selbst politische Feinde wie Joe Biden und Donald Trump sind sich darin einig. Beide glauben an den „American Exceptionalism“, also daran, dass die Vereinigten Staaten eine auserwählte Nation sind, dazu berufen, die Welt zu führen.

In diesem Sinne sprach Francis Fukuyama nach dem Sieg im Kalten Krieg vom „Ende der Geschichte“. Gemeint war der endgültige Sieg der amerikanischen Vorstellungen von Demokratie und Kapitalismus. In den Vereinigten Staaten selbst prägte Charles Krauthammer

den Begriff vom „unipolar Moment“. Gemeint war, dass sich die weltweite Vorherrschaft Amerikas durchgesetzt hat. Und das sollte auch so bleiben. Die USA hatten nun die Möglichkeit, die neue Weltordnung ausschließlich nach eigenen Interessen zu gestalten.

In einer „Defense Planning Guidance“ wurde noch unter Verteidigungsminister Dick Cheney 1992 festgelegt, dass es die „politische und militärische Mission der USA ist, zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt eine Militärmacht entsteht, die den amerikanischen Führungsanspruch infrage stellen könnte“. Unter Präsident Bill Clinton wurden dann militärische Interventionen unter den Schlagworten „liberaler Interventionismus“ oder „humanitäre Interventionen“ weiter ausgebaut. „Amerikanische Werte“ sollten weltweit durchgesetzt werden. Die NATO war berufen, überall dort einzugreifen, wo es um amerikanische Interessen ging. In diesem Sinne erklärte auch George W. Bush während seiner Kandidatur für die Präsidentschaft: „Der allmächtige Gott und die Geschichte haben Amerika als Vorbild für die Welt auserwählt“.

4.3 Die Ukraine-ein Kernland für die amerikanische Vorherrschaft

In seinem Buch „The grand Chessboard: American Primacy and its Geostategic Imperatives“ hat Zbigniew Brzezinski schon 1997 dargelegt, dass in Eurasien, also im Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok, wie auf einem Schachbrett, entschieden wird, welches Land in Zukunft die Welt führen wird. Dabei hat er der Oberhoheit über die Ukraine eine ganz entscheidende Bedeutung beigemessen. Für ihn war die Vormachtstellung über die Ukraine die grundsätzliche Voraussetzung für die Hegemonie in Eurasien.

Deshalb müsse alles getan werden, um die Dominanz einer gegnerischen Macht über die Ukraine zu verhindern. Brzezinski kann also durchaus als Vordenker für den Krieg in der Ukraine erachtet werden. Er hat immer wieder ganz offen gesagt: ohne die Ukraine ist Russland keine Vormacht mehr.

Entscheidend ist auch, dass die neue Sicherheitsordnung in Europa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gegen Russland aufgebaut wurde. Hatte die westliche Politik im Kalten Krieg durchaus defensiven Charakter, was auch in einer defensiven Haltung der NATO zum Ausdruck kam, so gingen die USA nach dem Zusammenbruch des Kommunismus offensiv vor. Wollte man im Kalten Krieg den Gegner durch „Containment“ in Schranken halten, so sollten in der „neuen internationalen Ordnung“ Widersacher durch „Regime change“ und „Roll-back“ in die Knie gezwungen werden. Victoria Nuland hat diese Haltung schon vor Jahren sehr klar zum Ausdruck gebracht, wenn sie feststellte, die USA gaben in der Ukraine so viele Milliarden Dollar aus, dass sie nunmehr auch das Recht hätten, dort die Politik zu bestimmen.

Starke Verbündete in ihrer Politik gegen Russland fanden die USA in den früheren kommunistischen Staaten Osteuropas, insbesondere mit Polen und im Baltikum. Während das „Friedensprojekt Europa“ nach dem Zweiten Weltkrieg darin bestand, dass Jahrhunderte dauernde Erbfeindschaften beigelegt wurden, waren diese Länder bestrebt, die durch die NATO- Mitgliedschaft gewonnene Stärke gegen Russland einzusetzen. Man glaubte vielfach auch, nur dann zum Westen zu gehören, wenn man sich Moskau gegenüber möglichst

aggressiv gebärdete. Exponenten der amerikanischen Außenpolitik wie John McCain unterstützten diese Haltung unter dem Motto „Euer Kampf gegen Russland ist unser Kampf“.

Und dieser Kampf wurde jahrelang systematisch vorbereitet und betrieben. Ein entscheidender Punkt dabei war die Diabolisierung von Wladimir Putin, die schon sehr bald nach seiner Wahl zum Präsidenten Russlands eingesetzt hat. Das klare Ziel war, die westliche Öffentlichkeit im Kampf gegen Russland zu motivieren und zu mobilisieren. Diese Haltung zeigte sich bereits in einer Titelgeschichte des „Economist“ im November 2003. Darin wurde Putin als „Vlad the Impaler“, also als Blutsauger dargestellt. Putin wurde bei jeder Gelegenheit als „das Böse schlechthin“ bezeichnet. Ziel dabei war es, in Moskau einen Regime-change zu erreichen, sowie die Bereitschaft, gegen Russland zu kämpfen. Ein wesentlicher Teil dieses Kampfes bestand darin, die amerikanische Oberhoheit über die Ukraine zu erreichen.

4.4 Europa hat die „Logik des Krieges“ übernommen

Während in Europa zwei Generationen lang die Integration als Friedensprojekt verwirklicht wurde, war für die amerikanischen Eliten der Krieg immer ein Teil der Außenpolitik nach dem Motto „Foreign Policy without the Backing of the Military is like a Base-ball Game without a Base-ball Bat“.

In diesem Sinne haben die USA die Europäer immer gedrängt, sich an ihren Kriegen sowie an ihrer kriegerischen Politik zu beteiligen. Als sich der französische Staatspräsident Jacques Chirac und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder 2003 weigerten, an der Irak- Invasion teilzunehmen, führte das zu ernsthaften transatlantischen Spannungen. „French Fries“ wurden in „Freedom Fries“ umbenannt. Als der amerikanische Präsident George W. Bush beim NATO-Gipfel in Bukarest 2008 massiv für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens eintrat, haben die europäischen Verbündeten noch zu einem behutsameren Vorgehen geraten. Sie wussten, dass Russland alles tun würde, um zu verhindern, dass sich die NATO des Flottenstützpunkts von Sewastopol bemächtigte. Dieser war immerhin seit Katharina der Großen ein Vorposten der russischen Sicherheitspolitik.

Ganz entscheidend war dann, dass die Europäische Union im Jahre 2013 von der Ukraine verlangte, sich durch die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens ganz an den Westen zu binden. Eine Brückenfunktion zwischen der EU und Russland wurde der Ukraine nicht zugestanden.

Die Erwartungshaltung in der Ukraine vor der beabsichtigten Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens war groß. Offensichtlich glaubten viele, dadurch würde der Lebensstandard dramatisch gehoben, die anstehenden politischen und wirtschaftlichen Probleme könnten damit gelöst werden. Als dann die ukrainische Regierung im November 2013 erklärte, das Assoziierungsabkommen aussetzen zu wollen, kam es zu Demonstrationen auf dem Maidan, die im Februar 2014 zu einem Regime-change führten. Der demokratisch gewählte Präsident Viktor Janukowytsch wurde durch einen Putsch gestürzt und musste außer Landes fliehen.

Kurz darauf besetzten russische Truppen die Krim. Der pro-westliche Milliardär Poroschenko wurde Staatspräsident. Am 27. Juni 2014 wurde das EU-Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Das neue Parlament in Kiew beschloss, UkrainerInnen mit russischer Muttersprache deren Gebrauch zu untersagen. Im Gegenzug erklärten sich die Regierungen Donezk und Lugansk unabhängig, was zum Krieg im Osten des Landes führte.

Während also die Europäer beim NATO-Gipfel 2008 noch versucht hatten, hinsichtlich der Mitgliedschaft der Ukraine eine ausgleichende Haltung einzunehmen, sind sie nur wenige Jahre später total auf die amerikanische Linie eingeschwenkt. An den Demonstrationen auf dem Maidan haben neben zahlreichen amerikanischen Spitzenpolitikern auch europäische Entscheidungsträger teilgenommen. Die Ukraine sollte voll und ganz in die westliche Einflussosphäre integriert werden. In den folgenden Jahren konnte die NATO in der Ukraine eine Armee von 700 000 Mann aufbauen. Abkommen mit Russland, wie jenes in Minsk, wurden nur unterzeichnet, um Zeit für die Aufrüstung zu gewinnen, wie selbst Angela Merkel einmal feststellte. Im Osten der Ukraine begann der Krieg gegen die von Russland unterstützten Separatisten, bei dem letztlich immerhin 14 000 Todesopfer zu beklagen waren.

Bis 2020 verfügte die Ukraine über eine Streitmacht, die größer war als die Armeen Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands zusammen. Das war eine Entwicklung, die Russland als Bedrohung ansehen konnte. Dazu kam noch, dass die USA 2019 einseitig aus dem INF (Intermediate Nuclear Force)-Vertrag ausstiegen. Dieser Vertrag hatte den Einsatz von Raketen mit einer Reichweite von 5500 km in Europa untersagt.

Trotz immer noch bestehender Vorbehalte anderer NATO-Mitglieder drängten die USA massiv weiter auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, so auch im September 2021. Zu diesem Zeitpunkt war Kiew so weit aufgerüstet, dass die Möglichkeit bestand, die Rebellion der russischsprachigen Bevölkerung im Osten niederzuschlagen. Von russischer Seite wird behauptet, eine entsprechende ukrainische Großoffensive wäre für Anfang 2022 geplant gewesen.

Zur selben Zeit, im Dezember 2021, forderte Präsident Putin offiziell schriftliche Sicherheitsgarantien, um Bedrohungen Russlands durch eine NATO- Erweiterung zu verringern. Gedacht war an eine militärische Neutralität der Ukraine, die Stationierung von US-Truppen an der russischen Grenze zu verbieten und die Stationierung von Raketen in Europa einzuschränken. Das russische Außenministerium legte einen entsprechenden Vertragsentwurf vor, der weitgehend dem entsprach, was bereits Boris Jelzin 1997 gefordert hatte. Wie NATO-Generalsekretär Stoltenberg später betonte, wurden die russischen Vorschläge „nicht einmal ignoriert“.

Moskau wollte Verhandlungen über eine militärische Neutralität der Ukraine. Da der Westen darauf nicht einging, kam Clausewitz zum Tragen: Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Washington wusste das, als es Verhandlungen ablehnte. Man entschied sich für das Risiko eines Krieges, anstatt einen Kompromiss mit Moskau zu suchen. Daraufhin erklärte Präsident Putin am 24. Februar 2022, dass „Russland sich nicht sicher fühlen und nicht existieren kann, wenn vom Territorium der modernen Ukraine eine ständige Bedrohung ausgeht“. Russische Truppen marschierten in die Ukraine ein, um dort eine „Entmilitarisierung und Entnazifizierung“ durchzuführen. Vor allem die europäischen Medien nannten diesen Einmarsch von Beginn an einen „unprovokierten Angriffskrieg“. Die wesentliche Frage ist, ob man Russland eigene Sicherheitsinteressen zugesteht, wie sie etwa die USA während der Raketenkrise in Kuba geltend machten oder nicht.

Es war dann der damalige britische Premierminister Boris Johnson, der nach Kiew flog und darauf bestand, dass bereits begonnene Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine sofort abgebrochen würden. Mit Putin könne man nicht verhandeln; und der Westen wird den Krieg in der Ukraine unterstützen „as long as it takes“. Damit war Europa endgültig

auf Kriegskurs, wobei insbesondere führende europäische Medien diese Politik voll und ganz unterstützten.

In der Zwischenzeit hat die europäische Union im Zeitraum vom Februar 2022 bis September 2024 den Krieg in der Ukraine mit über € 88 Milliarden unterstützt. Im Februar 2024 konnte man in der „Financial Times“ lesen „EU shifts funding focus from climate to defence“. Als Grund für diese neuen Prioritäten bei den Ausgaben wurde der Krieg in der Ukraine genannt. Es ging nunmehr um „strategische Autonomie“ und „Verteidigung“. Dabei waren der Eskalation kaum Grenzen gesetzt. So schrieb die New York Times am 12. März 2024 „Confronting a new nuclear Age-How we returned to the Brink“, stellte also die Frage, wie wir an den Rand des Abgrunds gekommen sind. Der Westen hat die „Unterstützung der Ukraine“ so weit vorangetrieben, dass der Einsatz von Atomwaffen nicht mehr ausgeschlossen ist.

Während der letzten Jahre wurden auch massive Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt, unter denen EU-Bürger oft mehr leiden als die Russen. Entscheidend ist, dass sich in der Führungsriege der Europäischen Union ein neues Bewusstsein durchgesetzt hat, das mehr auf militärische Stärke setzt als auf diplomatische Verhandlungen. Selbst Außenminister treten jetzt dafür ein, dass die Verteidigungsbudgets erhöht werden und die Europäische Union hat einen eigenen Verteidigungskommissar erhalten. Das „Friedensprojekt Europa“ gibt es nicht mehr. Es wurde von einer Militärallianz abgelöst.

4.5 Die neue Rolle des „Globalen Süden“

Die „Zeitenwende“ hin zu einem neuen Militarismus in Europa war nicht die einzige fundamentale Auswirkung der Kriege auf unseren Kontinent. Durch die engere Bindung an die USA ist zwar der Westen zusammengerückt, gleichzeitig kann man aber feststellen, dass der „Globale Süden“ eine eigenständige Rolle in der Weltpolitik übernommen hat. So hat der „Economist“ in seiner Ausgabe vom 2. September 2024 im Artikel „UNintended consequences-How the Gaza war is weakening America’s clout in the World“ folgendes zur Minderung der amerikanischen Schlagkraft, wie es bei den Vereinten Nationen sichtbar wird, ausgeführt: Bei Resolutionen in der Generalversammlung zeigt sich, dass die amerikanische Haltung zu Israel nur mehr von wenigen Ländern unterstützt wird. So hat am 18. September 2024 eine Resolution in der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die die israelische Politik kritisierte, eine Mehrheit von 124 Stimmen gegenüber 14 Gegenstimmen erhalten. Südafrika ist beim Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen gegen Israel vorgegangen. Palästina erhielt das Recht, in der Generalversammlung der UNO Resolutionen einzubringen. Dafür haben China und Russland gestimmt.

Außerdem hat die Mehrheit der Bevölkerung in Staaten wie Indien, Indonesien, Malaysia oder Südafrika, wie Meinungsumfragen zeigen, hinsichtlich des Ukraine-Krieges die russische Haltung übernommen. Der russische Einmarsch in der Ukraine wird immer wieder mit der US - Invasion in den Irak 2003 verglichen. Damals sprach man im Westen von einem „War of choice“. Man vergleicht die Zerstörungen in Gaza mit jenen in Kiew und wirft dem Westen Doppelbödigkeit vor. Vor allem der im Oktober 2023 neu entflammte Krieg im Nahen Osten weist damit sehr stark die Züge von „The West against the Rest“ auf. Zu verschiedenen sind oft die unterschiedlichen Maße, die der westlichen Politik zu Grunde liegen.

Die BRICS-Staaten sind zweifellos eine heterogene Gruppe, sie haben dennoch ein klares Ziel: der Westen soll nicht mehr alleine die Spielregeln in den internationalen Beziehungen bestimmen. Dabei sind heterogene Allianzen möglich. Indien etwa arbeitet einerseits mit den Vereinigten Staaten zusammen, kauft aber den Großteil seiner Waffen immer noch in

Russland. Auch die Türkei, obwohl NATO- Mitglied, bezieht immer wieder eigene Positionen. Diese Länder haben vielfach eine andere Sicht der Menschenrechte; Demokratie bedeutet für sie vor allem gleiche Rechte für Staaten, nicht so sehr Individualrechte; und auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung strebt man eigene Modelle an. Jedenfalls wird der Absolutheitsanspruch des Westens infrage gestellt.

Außerdem kann man im „Globalen Süden“ vielfach ein anderes Problembewusstsein feststellen. Während etwa in Europa mit dem Krieg in der Ukraine Sicherheitsfragen im Vordergrund stehen, ist es in Afrika die Schuldenkrise, die Teile der politischen Diskussion bestimmt. Die BRICS-Staaten bauen alternative Institutionen auf, die Abhängigkeit vom Westen soll gelockert werden. Das internationale System ist in Fluss geraten, durch die derzeitigen Kriege wird die Neuordnung der Welt beschleunigt. Auf Frankreich hat sich diese Entwicklung direkt ausgewirkt. Zahlreiche frühere französische Kolonien in Afrika blieben auch nach ihrer Unabhängigkeit sowohl politisch, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich in einer starken Abhängigkeit zum früheren Mutterland. In den letzten Jahren wurde Frankreich von mehreren afrikanischen Ländern mit Nachdruck aufgefordert, französische Truppen, die dort seit Jahrzehnten stationiert waren, umgehend abzuziehen. Paris musste, wenn auch widerwillig, diese Forderungen erfüllen. Die Zeit von „France-Afrique“ ist endgültig vorbei.

4.6 Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Kriege

Die wirtschaftlichen Folgen der Kriege sind noch kaum absehbar. Vor allem die Ausdehnung des Krieges im Nahen Osten kann verheerende wirtschaftliche Auswirkungen haben. Ein Schock in der globalen Öl - Versorgung würde zu einer starken Preissteigerung bei Benzin und Diesel, bei Plastik - Produkten und Düngemittel führen. Das wieder hätte Auswirkungen auf Investitionen und könnte zu einer weiteren Rezession in Europa und Afrika führen. Die Weiterentwicklung hängt natürlich davon ab, wie weit der Krieg im Nahen Osten Ölanlagen bzw. Transporte betrifft. Immerhin wird ein Drittel der Produktion der ganzen Welt durch die Straße von Hormuz transportiert. In der New York Times vom 9. Oktober 2024 war jedenfalls zu lesen, dass der Ölpreis von derzeit \$ 76 das Fass auf \$ 130 steigen könnte. Das wäre natürlich ein gewaltiger Inflationsschub.

Richtig ist, dass der Anteil von Öl an der globalen Energieversorgung zurückgegangen ist, von 44 % im Jahre 1971 auf 31 % im Jahre 2010. Trotz des Ausbaus der erneuerbaren Energien ist aber die Gesamtproduktion von Öl gleich geblieben. Ein Preisanstieg würde somit vor allem auch Schwellenländer wie Brasilien und Indonesien schwer treffen. Europa muss zusätzlich darunter leiden, dass Öl-und Gaslieferungen aus Russland weggefallen sind.

Die Kriege der letzten Jahre haben Europa erheblich geschwächt, die Welt mehr gespalten als geeint, mehr Probleme geschaffen als gelöst. Warum in Europa dennoch eine neue Kriegsbegeisterung entstanden ist, müssen jene beantworten, die die Verantwortung dafür tragen.

5 DER DIPLOMATIE EINE CHANCE

Angesichts der herrschenden Kriegshysterie wurde die Diplomatie total in den Hintergrund gedrängt. Noch mehr: Wesenselemente der Diplomatie werden diskreditiert. Jahrhundertlang war es Teil der Diplomatie, den anderen, Freund und Feind, zu verstehen. Heute ist „Putinverstehler“ ein Schimpfwort. Verhandlungen prägten die „Kunst der Diplomatie“. Die meisten Kriege wurden durch diplomatische Verhandlungen beendet. Heute heißt es „mit einem Aggressor spricht man nicht“, womit man sagen will, in der Ukraine wird gekämpft „as long as it takes, nicht verhandelt. Und wenn Handelsbeziehungen stets ein integraler Teil friedlicher Beziehungen waren und sind, so werden heute jene als „naiv“ hingestellt, die in der Vergangenheit mit Russland im beiderseitigen Interesse Handelsbeziehungen pflegten. Sicherlich ist es nicht möglich, mit Handel alleine Frieden zu erhalten, wenn Medien, die Rüstungsindustrie und Teile der Hochbürokratie auf Krieg ausgerichtet sind, wie das im Westen seit einiger Zeit der Fall ist.

Dabei waren die Kriege der letzten Jahrzehnte allesamt eine Katastrophe: Vietnam, Afghanistan, Irak oder Libyen. Alle diese Kriege führten zu Hunderttausenden von zivilen Toten und zu Millionen von Flüchtlingen. Und noch etwas: Bei all diesen Kriegen entsprach der dafür offiziell erfundene Kriegsgrund in keiner Weise der Wahrheit. Der Sieg der Kommunisten in Vietnam führte zu keinem Dominoeffekt; die im Hindukusch siegreichen Taliban kamen nicht nach Mitteleuropa; im Irak gab es keine Massenvernichtungswaffen; und in Libyen wurde eine „humanitäre Intervention“ dazu missbraucht, mit Hilfe von NATO-Flugzeugen das herrschende Regime zu stürzen.

Im Gegensatz dazu hat die Diplomatie sogar während des Kalten Krieges immer wieder beachtliche Erfolge verzeichnet und entscheidend zu dessen Beendigung beigetragen. Selbst Kalte Krieger wie Henry Kissinger oder Zbigniew Brzezinski haben die Gesprächsbasis mit Moskau nie abgebrochen. Probleme werden eben nicht dadurch gelöst, dass man mit Gleichgesinnten darüber spricht, sondern mit jenen, die anderer Meinung sind. Gerade Wien zeichnete sich dadurch aus, dass hier Abrüstungsverhandlungen und Gipfeltreffen stattfanden, die entscheidend dazu beitrugen, dass es trotz großer ideologischer Gegensätze zwischen den Supernächten zu keinem neuen Weltkrieg kam.

In einer Zeit, in der das kommunistische China die Feinde der USA in Vietnam unterstützten, fuhren Henry Kissinger und Richard Nixon nach Peking. In Verhandlungen mit Mao Zedong gelang es, entscheidende Weichen zu stellen und die Politik Pekings neu auszurichten. In Europa endete die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) mit den Schlussakten von Helsinki, die nicht nur einen friedlichen „Status quo“ festlegten, sondern auch wesentlich dazu beitrugen, dass die darin verankerten Menschenrechte den Widerstand in den kommunistischen Ländern des Ostens inspirierten. Und derselbe Ronald Reagan, der zunächst vom „Reich des Bösen“ sprach, traf sich dann mit Michael Gorbatschow, um den Kalten Krieg zu beenden.

Die Liste der diplomatischen Erfolge in diesen Jahren könnte beliebig fortgesetzt werden. Nach der Unabhängigkeit Malaysias im Jahre 1963 verhängte Indonesien eine Wirtschaftsblockade gegen das Land, wobei es auch zu militärischen Übergriffen kam. Als dann 1966 General Suharto an die Macht kam, startete er Gespräche mit Kuala Lumpur, um die Konfrontation zu beenden. Das ebnete den Weg für die Gründung der „Association of Southeast Asian Nations“ (ASEAN) im Jahre 1967. Diese Organisation hat wesentlich zur Erhaltung des Friedens in der Region während der folgenden Jahrzehnte beigetragen. Im

Nahen Osten herrscht seit Generationen Krieg, aber es gab auch Erfolge, die durch Diplomatie erzielt werden konnten. 1977 reiste der ägyptische Präsident Anwar Sadat nach Jerusalem, wo er den israelischen Regierungschef Menachem Begin traf. Unterstützt vom amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter wurde das Camp David Friedensabkommen unterzeichnet. Brasilien und Argentinien waren während des gesamten 19. und auch längstens während des 20. Jahrhunderts strategische Rivalen. Diplomatische Verhandlungen und Gipfeltreffen zwischen den Präsidenten Joao Baptista de Figueiredo und Jorge Rafael Videla gelang es, freundschaftliche Beziehungen herzustellen. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Abkommen über Handel, gemeinsame Forschung und eine Zusammenarbeit im Nuklearbereich unterzeichnet.

All diese diplomatischen Initiativen waren ein wesentlicher Beitrag zu Frieden und Sicherheit. Frühere Feinde einigten sich zumindest auf ein friedliches Nebeneinander, manchmal sogar auf Zusammenarbeit. Natürlich waren diese Übereinkommen jeweils mit Kompromissen verbunden. Wenn man selber „nationale Interessen“ geltend macht, liegt es auf der Hand, dass von der anderen Seite analoge Überlegungen angestellt werden. Heute wird uns eingeredet, jeder Kompromiss bedeutet „Appeasement“, und jedes „Appeasement“ ebnet den Weg für einen „neuen Hitler“. Der Kriegspropaganda sind zur Zeit eben Tür und Tor geöffnet. Aber nach den Hunderttausenden Toten und Verwundeten, sowie den Millionen von Flüchtlingen, die die derzeitigen Kriege schon verursacht haben, wäre es an der Zeit, der Diplomatie wieder eine Chance zu geben. Frankreich und Finnland können dabei eine entscheidende Rolle spielen.

(*)Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika sowie beim Europarat. Autor;

Geb. 1943; aufgewachsen in Neukirchen am Walde; Matura am Humanistischen Gymnasium in Linz; Promotion an der Pacelli High School in Austin, Minn.; Jus an der Universität Wien; Institut d'Études politiques Paris; Diplomatische Akademie Wien; www.wendelinettmayer.at